clc 96000409
(cont.)

X Collection

INDEX

Page: 1

Barcode Number	Box Number	Total of Volumes	Call Number
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 796 3	215	70	DD261 (1950-1960) no. 1-70
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 797 5	216	48	DD261-DD261.A1
	217	—	Missing
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 798 7 (← 218 A)	218 A / B	72 / 22	DD261-DD261.4.G4 no. 73-95
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 799 9 (← 218 B)	219A	100	no. 1-100 DD261.4.Z9 (1945-1951)
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 800 1 (← 219A)	219B	120	no. 101-230 DD261.4.Z9 (1951-1955)
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 801 3 (← 219B)			



*W*ie schon einmal, will man auch diesmal wieder unser Volk durch List, Täuschung, Verführung und Betrug auf den Todesweg locken. Das darf nicht geschehen! Darum halte ich es für meine selbstverständliche Pflicht, mich mit meiner ganzen Persönlichkeit für den KAMPF GEGEN REMILITARISIERUNG einzusetzen.

Manfred v. Brauchitsch



End
aad


VVN
Internationale
Kampfwoche und Gedenktag
für die Opfer des faschistischen Terrors
7.-14. September 1952
#102
X-DD261
.4
.29



Ob's rauf, ob's runter geht die Stufen,
Mein Freund, das liegt in Deiner Hand,
Fühlst Du fürs Aufwärts Dich berufen,
Hast Du den richt'gen Weg erkannt.

1. Stufe | 2. Stufe | 3. Stufe | 4. Stufe

Für den Weg des Lebens!

Gegen den Weg des Todes!



DIE VOLKSKAMMER FÜR GESAMTDEUTSCHE FREIE WAHLEN!

[BE]RICHT VON DER HISTORISCHEN VOLKSKAMMERSITZUNG AM 9. JANUAR 1952

Soll es so kommen?

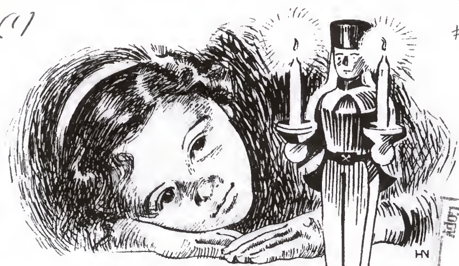
Die in aller Stille fertiggestellten Pläne des "Büro Blank" sehen die Einziehung von 1,25 Millionen junger Männer im Alter von 18-21 Jahren, die mit amerikanischen Waffen, nach amerikanischer Ausbildung, unter amerikanischem Befehl in den amerikanischen Krieg ziehen sollen, um auf deutschem Boden den deutschen Tod im deutschen Massengrab zu finden.

Ministerpräsident Grotewohl, 9. Januar 1952

Das wollen wir nicht! Niemals!

Darum müssen wir freie Wahlen erzwingen!

(1) #106



Glück und Friede sei beschieden–



Die HELDEN der sowjetischen Filme sind werktätige Menschen

RUDOLF HERRNSTADT
Kandidat des Politbüros des ZK der SED

Die Entwicklung Berlins im Lichte der großen Perspektive: Aufbau des Sozialismus

Diskussionsbeitrag auf der II. Parteikonferenz der SED
Berlin, 9. - 12. 7. 1959

Beschluß

der Konferenz der Parteibeauftragten der LDPD über die Richtlinien für die Arbeit der Partei bis zum 5. Parteitag

Die Konferenz der Parteibeauftragten der Liberal - Demokratischen Partei Deutschlands ist in Leipzig zusammengetreten, um in dieser Zeit der großen Entscheidung über

Spaltung oder Einheit Deutschlands,

Reaktion oder Fortschritt,

Ausbau des Monopolkapitalismus oder Aufbau des Sozialismus,

Eingliederung Deutschlands in ein aggressives Militärpaktsystem oder Abbau der Rüstungen und Unterhaltung nationaler Streitkräfte, die an kein Militärpaktsystem gebunden, ausschließlich der Verteidigung des Staates und seiner Grenzen dienen,

Generalkriegsvertrag und damit ewige Kriegsfurcht der Völker oder Friedensvertrag mit Deutschland.

den Weg der Partei zu bestimmen.

Unsere Partei hat sich in den sieben Jahren ihres Bestehens niemals einer wahrhaft nationalen Aufgabe entzogen und ist zur Bannerträgerin aller fortschrittlichen Bürger im neuen Deutschland geworden. Wir handeln und handelten von der Stunde unserer Gründung an aus freier, aus deutscher Entschließung. Wir handeln auf keinen anderen Befehl als auf den der deutschen Nation.

Darum sind wir gefeit gegen alle Anwürfe, Verdächtigungen und Unterstellungen. Wir glauben nicht der imperialistischen, kriegshetzerischen „Sendung" des RIAS und seiner Geistesverwandten, sondern wir glauben an die Berufung des durch tausend Irrtümer und Tode gegangenen deutschen Volkes, nach alledem nun ein Hort des Friedens in der Welt zu werden.

Adenauer hat das deutsche Volk vor die Entscheidung gestellt —

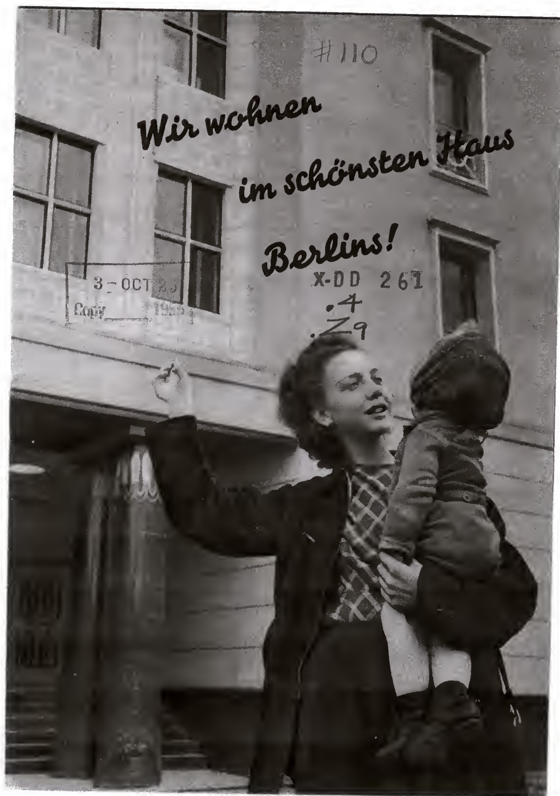
für oder gegen die Ratifizierung seiner Kriegspakte, d. h..

für oder gegen die Einheit Deutschlands und

für oder gegen den Frieden.

Wir haben uns längst entschieden.

32


Wir wohnen
im schönsten Haus
Berlins!

Die vier Hauptwünsche des deutschen Volkes

Vier Hauptwünsche hat das deutsche Volk. Wenn man irgendeinen beliebigen Menschen, ganz gleich welcher Parteirichtung, sei es in der DDR, sei es in Westdeutschland, nach ihnen fragt, wird er antworten: **Endlich einen Friedensvertrag, Wiedervereinigung Deutschlands, Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung, die aus freien Wahlen hervorgegangen ist, und Abzug aller Besatzungstruppen. Die Regierung der DDR wandte sich diesen Wünschen entsprechend in den ersten Monaten dieses Jahres an die vier Großmächte mit der Bitte, Deutschland einen Friedensvertrag zu gewähren.**

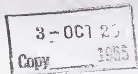
Die drei Westmächte haben diese Bitte überhaupt keiner Antwort gewürdigt, da sie ihren Plänen zur Einbeziehung Westdeutschlands in das Aggressionssystem des Nordatlantikpakts widersprach. Die Sowjetunion richtete dagegen bereits am 10. März 1952 eine Note an die drei Westmächte, in der sie einen ganz konkreten und detaillierten Entwurf für einen Friedensvertrag zur Diskussion stellte. Diese Initiative rief bei allen Deutschen große Begeisterung hervor, weil sie überall die Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands belebte. Die westlichen Großmächte haben seitdem geflissentlich alles getan, um diese Hoffnungen zu täuschen und eine Lösung der von der Sowjetunion aufgeworfenen, jedem Deutschen am Herzen liegenden Fragen der Zukunft und Existenz Deutschlands mit allen Mitteln zu verschleppen. Systematisch wichen sie allen Vorschlägen der Sowjetunion aus, suchten die Diskussion auf Seiten- und Nebenwege zu drängen in der unausgesprochenen Hoffnung, die Diskussion allmählich einschlafen und versacken zu lassen. Gleichzeitig taten sie durch den Abschluß der Bonner Separatverträge alles, um neue Hindernisse auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands und einem Friedensvertrag aufzurichten.

Die am 23. August überreichte Note der UdSSR entlarvte diese Täuschungs- und Verschleppungsversuche. Die Note beweist, daß die Sowjetunion ihre bisherige Politik der Wiedervereinigung Deutschlands und des Abschlusses eines Friedensvertrages nicht nur beharrlich weiterverfolgt, sondern sie konkretisiert die bisherigen Vorschläge in noch höherem Maße, sie schlägt ein bestimmtes, sehr naheliegendes Datum (Oktober) für die Viermächtekonferenz vor, sie stellt die Erörterung eines festen Termins für den Abzug der Besatzungstruppen zur Diskussion, und sie faßt ihre Deutschlandpolitik in vier knappen Vorschlägen zusammen.

Welches sind diese Vorschläge? Worüber soll auf der Konferenz von Vertretern der vier Mächte verhandelt werden?

a) Über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland

Dieser Vorschlag steht mit Recht an der Spitze, denn der gesamte Notenwechsel seit dem 10. März ging von dem Vorschlag der UdSSR aus, „unverzüglich die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erwägen". Es ist wohl einmalig in der Geschichte, daß einem Volke ein Friedensvertrag systematisch und bewußt Jahre hindurch vorenthalten wurde. Es ist den Deutschen nicht zu verdenken, wenn sie diesen Zustand als immer unerträglicher empfinden, und wenn sie genug und übergenug haben von einer derartig würdelosen Behandlung eines Volkes. Niemand kann Deutschland sein Recht bestreiten, wieder seinen gleichberechtigten Platz in der friedlichen Völkerfamilie als unabhängiger, freier, demokratischer Staat einzunehmen und nicht länger Objekt der Politik imperialistischer Interventen zu bleiben. Nur ein Friedensvertrag kann die Souveränität und Freiheit Deutschlands wiederherstellen. Deshalb empfindet jeder einzelne Deutsche die Notwendigkeit eines Friedensvertrages als die Haupt- und Kardinalfrage, von deren Lösung die Lösung aller anderen Fragen abhängt. Die Regierung der UdSSR weist in der Note vom 23. August nochmals ausdrücklich darauf hin, daß gemäß dem Potsdamer Abkommen nicht nur die Deutschen ein Recht auf einen Friedensvertrag, sondern auch die Großmächte die Verpflichtung haben, „eine Friedensregelung für Deutschland vorzubereiten, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete



Studiert das neue

WEISSBUCH ÜBER DEN GENERALKRIEGSVERTRAG

*Ein aufrüttelnder Ruf an das deutsche Volk
zum Kampfe
gegen den Generalkriegsvertrag
und die Regierung Adenauer*

Herausgeber: Büro des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Alarm für Deutschland!

Berlin, Donnerstag, 9. Oktober 1952

Geheimorganisation ausgehoben

Partisanen und Sabotagetruppe für den „Fall X" / 80 SPD-Führer sollten liquidiert werden

DIE WELT Donnerstag, 9. Oktober 1952

An Waffen ausgebildet

Von Amerikanern aufgezogene Widerstandsgruppe für den Tag X

Fortsetzung von Seite 1

In Waldmichelbach im Odenwald habe, so sagte Zinn, die Organisation ein Haus erworben, in dem Lehrgänge abgehalten wurden, die man als Partisanen-Lehrgänge bezeichnet habe. — Etwa 100 Mitglieder seien politisch geschult und im Waffengebrauch und in Taktik ausgebildet worden. Die Mitgliederzahl soll sich zwischen eintausend und zweitausend bewegen.

schirm
Linie
r
2
l

DONNERSTAG, 9. OKTOBER 1952

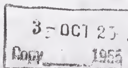
Illegaler Geheimbund gesprengt

Partisanen-Organisation

arbeiter für Liquidierung" gegeben. Politisch „Unzuverlässige" im Sinne der Geheimorganisation sollten „kaltgestellt" werden, worunter man ein Beseitigen, notfalls mit der Waffe verstanden habe. In ...

... rund achtzig über führende Sozialdemokraten — Länderminister, Bundestagsabgeordnete und andere — befunden. Erhebliche Geldmittel und die Waffen seien von einem Amerikaner zur Verfügung gestellt worden.

3.6



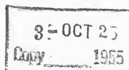
Deutschlandnote der UdSSR an die Westmächte

Viermächtekonferenz für spätestens Oktober 1952 vorgeschlagen

Tagesordnung:

Friedensvertrag, Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung, freie gesamtdeutsche Wahlen und Kommission zur Prüfung der Voraussetzungen für die Wahlen, Termin für den Abzug der Besatzungstruppen, Teilnahme von Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesregierung

11



Das Volk wird die Mörder strafen

8

Incl: J

Neue Note der UdSSR an die Westmächte

Moskau, 25. Mai 1952. Am 13. Mai dieses Jahres erhielt das Außenministerium der UdSSR von den Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Moskau gleichlautende Noten der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs als Antwort auf die Note der Sowjetunion vom 9. April dieses Jahres über einen Friedensvertrag mit Deutschland.

Am 24. Mai 1952 richtete das Außenministerium der UdSSR an die Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs die folgende Antwortnote der Sowjetregierung:

Note der Sowjetregierung vom 24. Mai 1952

Im Zusammenhang mit der Note der Regierung der USA vom 13. Mai d. J. erachtet es die Sowjetregierung für erforderlich, folgendes zu erklären:

1. Ueber die Dringlichkeit der Lösung der deutschen Frage und über die Verschleppung des Notenaustausches zu dieser Frage durch die Westmächte

In der Note vom 10. März d. J. unterbreitete die Sowjetregierung den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs den Vorschlag, gemeinsam die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu erörtern. Um die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erleichtern und zu beschleunigen, legte die Sowjetregierung ihren Entwurf für diesen Vertrag vor und brachte gleichzeitig ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck, auch andere Vorschläge in dieser Frage zu prüfen. Die Sowjetregierung erachtet es nach wie vor für notwendig, diese Fragen unverzüglich zu lösen und dabei von den Interessen der Festigung des Friedens in Europa und der Notwendigkeit der Befriedigung der berechtigten nationalen Forderungen des deutschen Volkes auszugehen. Insofern in der Antwortnote der Regierung der USA vom 25. März im Zusammenhang mit der Frage der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung der Vorschlag über die Prüfung der Bedingungen für die Abhaltung allgemeiner Wahlen in Deutschland unterbreitet wurde, erklärte sich die Sowjetregierung in ihrer Note vom 9. April mit diesem Vorschlag einverstanden, bestand jedoch darauf, daß diese Prüfung nicht von einer Kommission der Vereinten Nationen, die für die Fragen einer Friedensregelung mit Deutschland nicht zuständig sind, sondern von einer unparteiischen Kommission der vier in Deutschland Besatzungsfunktionen ausübenden Mächte durchgeführt wird. Gleichzeitig hat die Sowjetregierung der Regierung der USA, wie auch den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs nochmals vorgeschlagen,

die Erörterung des Friedensvertrages mit Deutschland sowie der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung nicht länger hinauszuschieben.

Obwohl die Sowjetregierung den Vorschlag der Regierung der USA über die Prüfung der Bedingungen für die Abhaltung freier allgemeiner Wahlen in Deutschland angenommen hat und obwohl der Vorschlag der Sowjetregierung über die Ernennung einer Kommission für die Durchführung einer solchen Prüfung auf Grund eines Abkommens zwischen den vier Mächten die Objektivität und Unvoreingenommenheit dieser Kommission gewährleistet, wird die Lösung der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland und der Vereinigung Deutschlands, wie die Note der Regierung der USA vom 13. Mai zeigt, erneut auf unbestimmte Zeit verschoben. Aus dieser Note geht hervor, daß die Regierung der USA es auch ablehnt, daß die vier Mächte endlich ohne weiteren Verzug an die Erörterung dieser Fragen herangehen. Die Regierung der USA stellt anstatt dessen in ihrer Note vom 13. Mai eine ganze Reihe neuer Bedingungen, die in der Note vom 25. März nicht enthalten waren und über die, wie sie jetzt vorschlägt, durch eine Fortsetzung des Notenwechsels eine Einigung erzielt werden soll, bevor direkte Verhandlungen aufgenommen werden.

So wird in der Note der Regierung der USA vom 13. Mai der Vorschlag unterbreitet, sich noch vor der Aufnahme direkter Verhandlungen „über den Rahmen der Verhandlungen und die wesentlichen, zu erörternden Probleme" zu einigen sowie den Notenaustausch über die Zusammensetzung und die Funktionen der Kommission zur Prüfung der Bedingungen für allgemeine Wahlen in Deutschland fortzusetzen usw.

Alle diese Tatsachen zeugen davon, daß die Regierung der USA weiterhin den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie die Lösung der Frage der Vereinigung Deutschlands und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung hinausschiebt. Nur dadurch ist der

435 255/52 V. 52 IV-14-48

Herausgegeben vom Amt für Information Sachsen-Anhalt

Note der Regierung der UdSSR vom 24.Mai 1952

Im Zusammenhang mit der Note der Regierung der USA vom 13.Mai dieses Jahres erachtet es die Sowjetregierung für erforderlich, folgendes zu erklären:

1. Über die Dringlichkeit der Lösung der deutschen Frage und über die Verschleppung des Notenaustausches zu dieser Frage durch die Westmächte.

In der Note vom 10.März dieses Jahres unterbreitete die Sowjetregierung den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs den Vorschlag, gemeinsam die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu erörtern. Um die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erleichtern und zu beschleunigen, legte die Sowjetregierung ihren Entwurf für diesen Vertrag vor und brachte gleichzeitig ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck, auch andere mögliche Vorschläge in dieser Frage zu prüfen. Die Sowjetregierung erachtet es nach wie vor für notwendig, diese Frage unverzüglich zu lösen und dabei von den Interessen der Festigung des Friedens in Europa und der Notwendigkeit der Befriedigung der berechtigten nationalen Forderungen des deutschen Volkes auszugehen. Insofern in der Antwortnote der Regierung der USA vom 25.März im Zusammenhang mit der Frage der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung der Vorschlag über die Prüfung der Bedingungen für die Abhaltung allgemeiner Wahlen in Deutschland unterbreitet wurde, erklärte sich die Sowjetregierung in ihrer Note vom 9.April mit diesem Vorschlag einverstanden, bestand jedoch darauf, daß diese Prüfung nicht von einer Kommission der Vereinten Nationen, die für die Fragen einer Friedensregelung mit Deutschland nicht zuständig sind, sondern von einer unparteiischen Kommission der vier in Deutschland Besatzungsfunktionen ausübenden Mächte durchgeführt wird. Gleichzeitig hat die Sowjetregierung der Regierung der USA wie auch den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs nochmals vorgeschlagen, die Erörterung des Friedensvertrages mit Deutschland sowie der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung nicht länger hinauszuschieben. Obwohl die Sowjetregierung den Vorschlag der Regierung der USA über die Prüfung der Bedingungen für die Abhaltung freier, allgemeiner Wahlen in Deutschland angenommen hat und obwohl der Vorschlag der Sowjetregierung über die Ernennung einer Kommission für die Durchführung einer solchen Prüfung auf Grund eines Abkommens zwischen den vier Mächten die Objektivität und Unvoreingenommenheit dieser Kommission gewährleistet, wird die Lösung der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland und der Vereinigung Deutschlands, wie die Note der Regierung der USA vom 13.Mai zeigt, erneut auf unbestimmte Zeit verschoben. Aus dieser Note geht hervor, daß die Regierung der USA es auch ablehnt, daß die vier Mächte endlich ohne weiteren Verzug an die Erörterung dieser Fragen herangehen. Die Regierung der USA stellt anstatt dessen in ihrer Note vom 13.Mai eine ganze Reihe neuer vorläufiger Bedingungen, die in der Note vom 25.März nicht enthalten waren und über die, wie sie jetzt vorschlägt, durch eine Fortsetzung des Notenwechsels eine Einigung erzielt werden soll, bevor direkte Verhandlungen aufgenommen werden.
So schlägt die Regierung der USA in ihrer Note vom 13.Mai vor, sich noch vor der Aufnahme direkter Verhandlungen „über den Rahmen der Verhandlungen und die wesentlichen zu erörternden Probleme zu einigen sowie den Notenaustausch über die Zusammensetzung und die

Vorschlag der Sowjetregierung

Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland spätestens im Oktober!

In Verfolgung ihrer konsequenten Politik der Erhaltung des Friedens und der Freundschaft gegenüber dem deutschen Volk, hat die Sowjetregierung den Westmächten am 23. August 1952 eine Note zugeleitet, die eine weitere Unterstützung des Kampfes aller deutschen Patrioten für den Abschluß eines Friedensvertrages und die Herbeiführung der Einheit Deutschlands darstellt.

Jeder deutsche Patriot muß sich verpflichtet fühlen, das folgende wichtige Dokument gründlich zu studieren, die Vorschläge der Sowjetregierung in jedem Haushalt, an jedem Arbeitsplatz zu diskutieren und sie unseren Brüdern und Schwestern in Westdeutschland und Westberlin zu übermitteln.

Wortlaut der Note der Sowjetregierung vom 23. August 1952

Im Zusammenhang mit der Note der USA-Regierung vom 10. Juli d. J. hält es die Sowjetregierung für notwendig, folgendes zu erklären:

1. In ihrer Note vom 24. Mai wie auch in ihren vorhergehenden Noten hatte die Sowjetregierung der USA-Regierung sowie den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vorgeschlagen, unverzüglich zu direkten Verhandlungen über den Friedensvertrag mit Deutschland und über die Bildung der gesamtdeutschen Regierung zu schreiten. Die Sowjetregierung unterbreitete zur Erleichterung der Lösung dieser Fragen bereits am 10. März ihren Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur gemeinsamen Erörterung durch die vier Regierungen — die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs — und gab dabei ihrer Bereitschaft Ausdruck, auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu erörtern. Bekanntlich sind jedoch die USA-Regierung sowie die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs direkten Verhandlungen mit der Sowjetregierung über die obengenannten Fragen ausgewichen.

Die Note der USA-Regierung vom 10. Juli zeugt davon, daß die drei Regierungen die Erörterung so wichtiger Fragen wie der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages nach wie vor verschleppen.

2. Die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sind, während sie den Notenwechsel mit der Sowjetregierung zur deutschen Frage hinauszögerten, ein Komplott mit der Adenauer-Regierung eingegangen.

Unter grober Verletzung des Potsdamer Abkommens haben die Regierungen der drei Mächte am 26. Mai mit der Bonner Regierung ein separates sogenanntes „Abkommen" geschlossen und es eine Konvention über die Beziehungen zwischen den drei Westmächten und der Deutschen Bundesrepublik genannt, und gleich darauf am 27. Mai wurde in Paris das „Abkommen" über die sogenannte „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" unterzeichnet.

Mit der Unterzeichnung dieser „Abkommen" haben die Regierungen wieder einmal gezeigt, daß sie weder an der Vereinigung Deutschlands noch am Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland interessiert sind, sondern das Ziel verfolgen, die Spaltung Deutschlands zu verstärken und zu vertiefen sowie Westdeutschland und die von den Regierungen der drei Westmächte organisierte westdeutsche Armee dem Nordatlantikblock anzuschließen und Westdeutschland noch stärker für die aggressiven Ziele dieses Blocks zu mißbrauchen.

Das Bonner Separatabkommen der USA, Großbritanniens und Frankreichs mit der Adenauer-Regierung stellt ein unverhülltes Kriegsbündnis dar, das eindeutig aggressive Ziele verfolgt. Dieses „Abkommen" legalisiert die Wiedergeburt des deutschen Militarismus und die Aufstellung einer westdeutschen Söldnerarmee mit hitlerfaschistischen Generalen an der Spitze. Wir setzen das Wort „Abkommen" in Anführungszeichen, da das Bonner Separat-„Abkommen" von den Deutschen Westdeutschlands nicht frei angenommen, sondern Westdeutschland gegen den Willen des deutschen Volkes aufgezwungen wurde.

100



Konferenz junger Metallarbeiter / Westberlin / Dezember 1952

Wählt Delegierte!

Resolution

der Internationalen Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage

Berlin, den 10. November 1952

Die Internationale Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage, die vom 8. bis 10. November in Berlin tagte, hatte sich die Aufgabe gestellt, zu prüfen, ob eine friedliche Lösung des Deutschlandproblems im Bereich realer Möglichkeiten liegt und ob bei allseitigem gutem Willen Menschen der unterschiedlichsten politischen und weltanschaulichen Auffassungen und aller Stände und Berufe aus allen Ländern Europas sich auch über die Mittel und Wege zur Verwirklichung dieser friedlichen Möglichkeiten verständigen können.

Männer und Frauen aus Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, der Tschechoslowakei sowie aus allen Teilen Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin — Männer und Frauen der Wissenschaft, der Arbeiterschaft, der Industrie, Bauern und Handwerker, Christen und Marxisten, Liberale und Konservative, Demokraten und Parteilose, ehemalige Berufssoldaten und Pazifisten haben sich auf dieser Konferenz zu einer einheitlichen Meinungsbildung über die Möglichkeiten der endgültigen Befriedung Deutschlands und Europas zusammengefunden und sind zu folgendem Ergebnis gelangt:

I.

Die Konferenz hat die Verträge von Bonn und Paris sorgfältig geprüft. Im Ergebnis ihrer Prüfung stellt die Konferenz fest, daß diese Verträge die [illegible]

nünftigen Politik, welche die Interessen der Völker berücksichtigt, diese schweren Gefahren zu vermeiden, um den Frieden nicht noch mehr zu gefährden. Es dürfen auch nicht wieder Kräfte und Menschen zu Macht und Einfluß gelangen, die schon einmal Deutschland und der Welt zum Verhängnis geworden sind. Die Verträge dürfen darum nicht ratifiziert, sondern sie müssen endgültig verworfen werden. Wo die Ratifizierung der Verträge bereits erfolgt ist, ist sie rückgängig zu machen.

II.

Unser ganzes Bemühen muß darauf gerichtet sein, Wege zu finden, die eine friedliche Lösung der deutschen Frage gewährleisten. Die vier Mächte haben nach dem Kriege in Potsdam gemeinsam die Verantwortung dafür übernommen, für die friedliche Entwicklung eines demokratischen und einheitlichen Deutschlands Sorge zu tragen. Deshalb müssen die Bestrebungen um eine Viermächtekonferenz mit größtem Ernst aufgenommen und verfolgt werden, um einen Friedensvertrag zustande zu bringen, der dem deutschen Volke seine Einheit und Unabhängigkeit zurückgibt und der zugleich den Nachbarstaaten Deutschlands die Garantie ihrer Sicherheit schafft. Das so wiedervereinte Deutschland kann einen bedeutenden Beitrag zur allgemeinen Abrüstung leisten.

III.

Viermächteverhandlungen über den baldigen

IV.

Das deutsche Volk hat das Recht, an den Verhandlungen über den mit ihm abzuschließenden Friedensvertrag beteiligt zu sein. Wir begrüßen es, daß zur schnelleren Verwirklichung dieses unbezweifelbaren Rechts des deutschen Volkes bereits Ansätze zu Verhandlungen der Deutschen untereinander zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vorhanden sind. Es ist dringend zu wünschen, daß die innerdeutschen Verhandlungen solche Fortschritte machen, daß schon an der Vorbereitung des Friedensvertrages eine autorisierte gemischt- oder gesamtdeutsche Kommission teilnehmen kann.

Weiter ist es notwendig, daß die vier Mächte und die Deutschen selbst möglichst bald die Vorbereitungen treffen für allgemeine, freie, geheime Wahlen in Deutschland zwecks Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung, die verantwortlich den Friedensvertrag schließen kann.

V.

Die Konferenz ist sich über weitere Fragen noch nicht einig geworden, aber sie glaubt, daß die Realisierung der vorstehenden Vorschläge in kurzer Zeit eine gesunde, friedliche Weiterentwicklung Deutschlands herbeizuführen und die Sicherheit seiner Nachbarländer zu garantieren vermag.

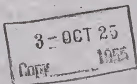
Der reale Weg zur Lösung der deutschen Frage

Note der Sowjetregierung an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 15. August 1953

BERLIN

im Juni 1953

Ein Bild- und Erlebnisbericht
aus jenen Tagen, die ganz anders endeten,
als manche erwartet hatten



Aktionseinheit

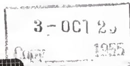
sichert den Frieden und ein glückliches Leben

Wilhelm Pieck
und Otto Grotewohl
antworten westdeutschen
Sozialdemokraten

Aktionseinheit

sichert den Frieden und ein glückliches Leben

Wilhelm Pieck
und Otto Grotewohl
antworten westdeutschen
Sozialdemokraten

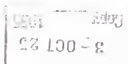




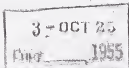
ist die Heimat der Heimatlosen?

Brief an eine Frau aus Schlesien

Von Johannes R. Becher




Wo uns
der
drückt



„Ich erkläre vor dem deutschen Volke . . .“

Zu den erfahrenen und im politischen Leben bewährten Persönlichkeiten gehört in Deutschland ohne Zweifel Dr. Josef Wirth, der die Geschicke Deutschlands in den Jahren 1921/22 als Reichskanzler geleitet hat.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Josef Wirth hat z. B. für das Nachkriegsdeutschland des ersten Weltkrieges den Vertrag von Rapallo zwischen der Weimarer Republik und der Sowjetunion unterschrieben, der zur Grundlage der verhältnismäßig raschen Gesundung der Weimarer Republik geführt hat und der den durch den Vertrag von Versailles um Deutschland geschlossenen Ring der Siegermächte sprengte und so die Isolierung des damaligen Deutschland aufhob.

Heute ist es unbestritten, daß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der Weimarer Republik durch diesen Vertrag, der ein Vertrag gleichberechtigter Völker gewesen ist, hervorgerufen wurde.

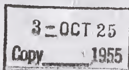
Was hat Dr. Josef Wirth dem deutschen Volke jetzt aus der Fülle seiner großen politischen Erfahrungen zu sagen?

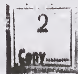
Incl: d


VERLAG KULTUR UND FORTSCHRITT
Der unheimliche Schamane
R. AGISCHEW
X-OD 261
.4
29

Der Weg zu einem einigen Berlin als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands







Die geheime Geschichte der Pariser Vorkonferenz

Ein Schuß aus dem Hinterhalt

Am 29. August 1950 übergab Dr. Konrad Adenauer dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy, mit dem er bekanntlich durch verwandtschaftliche Beziehungen eng verbunden ist, ein geheimes Rüstungsmemorandum. Das war etwas mehr als zwei Monate nach dem Überfall der südkoreanischen Marionettenregierung auf die Koreanische Volksrepublik, der am Morgen des 25. Juni 1950 gestartet wurde. Zwischen beiden Vorgängen besteht nicht nur ein zeitlicher Zusammenhang.

Um die Bedeutung des geheimen Rüstungsmemorandums des Bonner Regierungschefs richtig zu verstehen, muß man sich eines geheimen Memorandums erinnern, das der südkoreanische Regierungschef Li Syng Man, am 30. September 1949 an den amerikanischen Professor Dr. Oliver richtete. Dieser Brief geriet zusammen mit anderen Dokumenten bei der ersten Befreiung Söuls in die Hände der koreanischen Volksregierung. Er wurde am 2. Oktober 1950 von dem Stellvertretenden Außenminister der Sowjetunion in der Sitzung des Politischen Ausschusses der UN-Vollversammlung zur Verlesung gebracht. Seine Echtheit hat niemand bezweifelt.

Das geheime Rüstungsmemorandum Adenauers ist bisher noch nicht vollständig veröffentlicht worden. Der Verfasser hatte es noch nicht einmal den Mitgliedern seines Kabinetts zur Billigung vorgelegt. Als er das Memorandum zwei Tage nach der Übergabe an den Hohen Kommissar dem Kabinett zur nachträglichen Beschlußfassung vorlegte, erklärte der damalige Bonner Innenminister Dr. Heinemann, ein Mitglied seiner eigenen Partei, den Rücktritt. Erst durch die öffentliche Begründung Heinemanns, weshalb er zurückgetreten sei, erfuhr die Öffentlichkeit von der Existenz eines solchen Memorandums. Während des Wahlkampfes im November 1950 sah sich schließlich Adenauer genötigt, einen Auszug dieses Dokumentes bekanntzugeben und

Das deutsche Volk muß mithelfen, den kalten Krieg zu beenden

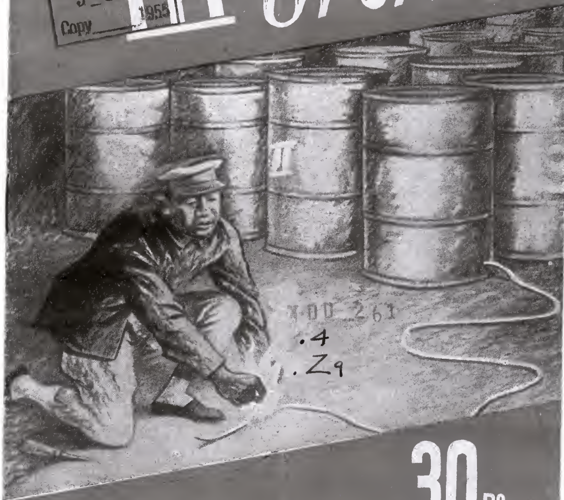
Rede des Abgeordneten

Karl Schirdewan

Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
vor der Volkskammer
der Deutschen Demokratischen Republik
am 12. August 1955

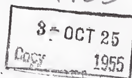
FRED PINE

AGH brennt



30 Pfg

GESCHICHTEN DIE DAS LEBEN SCHRIEB



GESAMTDEUTSCHE BERATUNG

FÜR EINHEIT UND FRIEDEN

Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten

DAS GESETZ ZUM SCHUTZE DES FRIEDENS

UND DIE ERKLÄRUNGEN DER VERTRETER SÄMTLICHER FRAKTIONEN IN DER VOLKSKAMMER DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK ZU DIESEM GESETZ

NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Gesetz über die Rechte der Frau



DAS DEUTSCHE GESPRÄCH

Briefwechsel zwischen dem „Neuen Deutschland" und der „Hamburger Freien Presse"

Berliner Bezirke zur Volkswahl

Ein bedeutender Friedensfaktor

Wer trägt hieran die Schuld?

HAMBURGER FREIE PRESSE

HAMBURGER ALLGEMEINE

Dienstag, 25. Juli 1950

Einzelpreis 20 Pfg

USA drängen Westeuropa



Zuckerreserve vorhanden

Wer soll das bezahlen



Ausländische Gäste an die Berliner:

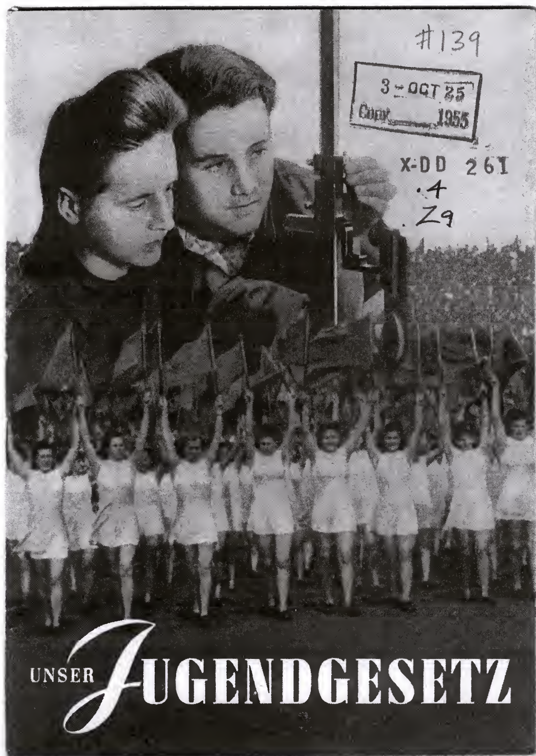
FRIEDEN UND FREUNDSCHAFT MIT DEM DEUTSCHEN VOLK!

Die Weiche ist auf Kampf gestellt!

Über den Lohnkampf der BVG in Westberlin

Herausgegeben vom Landesvorstand Groß-Berlin der IG Transport im FDGB
Verantwortlich: Kollegin Bonnet und Kollege Funk


#138
3 OCT 25
Copy 1955
DD 261
.4
Z4
Allen Kindern frohe Ferientage!


UNSER JUGENDGESETZ

HÖRT ZU, MÄDEL!



... lernt und schafft wie nie zuvor ....

Empfinden des deutschen Volkes für immer einlullen und vergiften zu können. Aber das deutsche Volk hat begriffen, was es bedeutet, auf die Stufe eines Kolonialvolkes herabgewürdigt und in die Gewalt der amerikanischen imperialistischen Monopole, als der Züchter des amerikanischen Gangsterunwesens, zu geraten. Deshalb sind die Deutschen im Westen besatzungsmüde.

Jeder Diebstahl, jeder Mord, jeder Raubüberfall, jedes Notzuchtverbrechen, jede Demolierung und Zertrümmerung von Wohnstätten und Gasthäusern facht den Zorn des Volkes immer mehr an.

Immer lauter und leidenschaftlicher wird der Ruf aller Deutschen:

Ami, go home!

Wir Deutschen wollen keine „amerikanische Lebensweise" mit Strolchen, Dieben und Gangstern, mit Pornographie und viehischer Verhöhnung unserer Frauen!

Wir Deutschen denken nicht daran, unsere nationale Kultur den würdigsten Nacheiferern der Hitlerfaschisten zu opfern!

Wir lieben und achten unsere Frauen, unsere Mütter, Töchter und Bräute genauso, wie wir die Heimat und den Frieden lieben. Wir werden sie gegen die Vernichtung durch die „amerikanische Lebensweise" zu schützen wissen.

Wir Deutschen wollen keinen Krieg! Niemand bedroht uns; es sei denn, die amerikanischen Kriegstreiber!

In Paris, vor den UN, erklärte die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik deshalb im Namen des ganzen deutschen Volkes:

> „Gleichzeitig mit der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu einer Nationalversammlung fordert das deutsche Volk die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland, dem der Abzug aller Besatzungstruppen folgt. Wir sind beauftragt, diese Forderung hier mit aller Entschiedenheit zu erheben."

Gangster am Werk! — Wenn das einfache Volk in Westdeutschland für sein primitivstes Recht, das Recht auf das Sattessen oder auf ein einheitliches, friedliebendes Vaterland demonstriert, dann sind die Sachwalter der „amerikanischen Lebensweise", die anmaßenden Verteidiger der „abendländischen Kultur" schnell zur Stelle, um die Menschen auf ihre Weise vom Glück der [...]ikanischen Lebensweise" zu „überzeugen". Dolch und Maschinenpistole sind ihre Argumente, aber diese „Überzeugung" schlägt bei der Bevölkerung in Haß um!
Wehe den Gangstern!

Die Deutschen sind besatzungsmüde
(McCloy)

Incl: #a

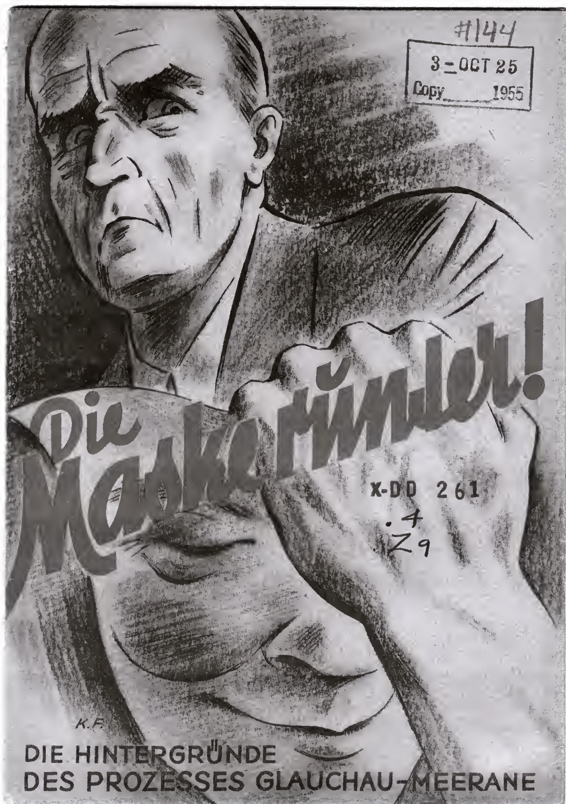
Warum ?



Die Amis lieferten nach
Westdeutschland und Westberlin
„Gaben amerikanischer
Menschenfreundlichkeit".

ABER WAS KAM DANN?


DOKUMENTE ZUM KARTOFFELKÄFERABWURF
HALT
AMIKÄFER


Die Maske runter!
K.F.
DIE HINTERGRÜNDE
DES PROZESSES GLAUCHAU-MEERANE

Erklärung der Außenminister in Prag:

Frieden für Deutschland und Europa

Die Außenministerkonferenz in Prag, die am Freitag, dem 20. Oktober 1950, auf Initiative der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eröffnet wurde, hat am Sonnabend, dem 21. Oktober 1950, eine Erklärung von höchster politischer Bedeutung veröffentlicht. Bekanntlich nahmen an der Beratung teil: Der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Molotow, der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Albaniens in Moskau, Natanaili, der Außenminister Bulgariens, Dr. Neitscheff, der Stellvertretende Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Fierlinger, der Außenminister Polens, Modzelewski, der Außenminister Rumäniens, Anna Pauker, der Außenminister Ungarns, Kallai, und der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Dertinger. Aus der Erklärung der Außenministerkonferenz geht hervor, daß diese sich mit den Auswirkungen der am 19. September 1950 von den Ministern für auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich gefaßten New-Yorker Separatbeschlüsse beschäftigte.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Am 19. September dieses Jahres wurde ein Kommuniqué über die geheime Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs veröffentlicht, die in New York stattfand und eine Reihe neuer Separatbeschlüsse zur deutschen Frage angenommen hat.

Im Kommuniqué wird darauf hingewiesen, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs gewillt sind, die Frage der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland zu stellen, und zur gleichen Zeit wird die Beibehaltung des Westdeutschland aufgezwungenen „Besatzungsstatuts" bestimmt.

Im Kommuniqué wird weiter davon gesprochen, daß eine Überprüfung der früheren Beschlüsse über die verbotenen Zweige der deutschen Industrie durchgeführt wird, wobei keine Einschränkungen in bezug auf die Unzulässigkeit der Wiederherstellung der deutschen Kriegsindustrie gemacht werden.

Aus dem Kommuniqué ist statt dessen ersichtlich, daß die Hauptfrage der Konferenz der drei Minister die Frage der Wiedererrichtung der deutschen Armee, die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands war.

Bereits aus der Aufzählung dieser Hauptpunkte des Kommuniqués ist ersichtlich, daß die New-Yorker Separatbeschlüsse der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs zur deutschen Frage eine neue grobe Verletzung der Verpflichtungen, die diese Regierungen im Potsdamer Abkommen auf sich genommen haben, darstellen, eine Bedrohung des Friedens in Europa enthalten und den Interessen aller friedliebenden Völker, darunter auch den nationalen Interessen des deutschen Volkes widersprechen.

Aggressive Bestrebungen der Westmächte

1. Die Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über ihre Absicht, die Frage der „Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland" zu stellen, ist zutiefst heuchlerisch und hat nichts mit der schon längst herangereiften Notwendigkeit zu tun, eine friedliche Regelung für Deutschland zu verwirklichen, ohne die sich auch die Herstellung der Einheit des deutschen Staates als unmöglich erwies. Obwohl das Kommuniqué von einer Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland spricht, unterstreicht es, daß dies „nicht die Rechte und den Status der drei Mächte in Deutschland" berührt, die sich entsprechend dem Besatzungsstatut die uneingeschränkte Macht in bezug auf Westdeutschland vorbehalten. Auf diese Art und Weise erklären die drei Regierungen erneut die Unantastbarkeit des „Besatzungsstatuts", dessen Wirksamkeit sie auf unbestimmt lange Zeit ausdehnen wollen, um ihre Herrschaft in Westdeutschland so lange wie möglich auszudehnen.

Mehr noch, im Kommuniqué wird gesagt, daß die drei Besatzungsmächte „ihre Truppen in Deutschland vergrößern und verstärken" werden.

Aus den veröffentlichten Mitteilungen ist bekannt, daß sich in Verbindung damit die Besatzungsausgaben Westdeutschlands um das Doppelte erhöhen, was die Steuerlast bedeutend vergrößert. Es ist nicht erforderlich, nachzuweisen, daß die Beschlüsse der drei Regierungen über die neue Verstärkung der Besatzungstruppen in Westdeutschland durch nichts anderes

Korea

liegt mitten unter uns!

Ein Antwortbrief an westdeutsche Freunde

Die quälende Frage unserer Zeit

Lieber Freund!

Sie wehren sich dagegen, ein „Leben in stiller Verzweiflung" zu führen. Sie sind erfüllt von dem Bemühen, auch Ihrerseits etwas dazu zu tun, um die Welt zu ändern und das Schreckliche zum Guten zu wenden.

Sie haben einige Fragen an mich gerichtet als einer der unzähligen Namenlosen, die darauf angewiesen sind, sich ihre Meinung bilden zu lassen durch das, was sie aus dem Radio, das ihnen erreichbar ist, durch das, was sie aus der Zeitung, die ihnen vorgesetzt wird, erfahren, und durch das, was sich im Volke herumspricht und wovon die Rede ist in den Läden und auf der Arbeitsstelle.

Die Fragen, die Sie in Ihrem Brief an mich richten, betreffen die Ereignisse in Korea, damit im Zusammenhang auch einige Vorkommnisse in Deutschland, wie sie jeden Deutschen aufs tiefste berühren müssen.

Sie lassen Ihre Bekannten fragen: „Wo liegt denn eigentlich Korea?" und lassen sie antworten: „Irgendwo weltenweit von Deutschland entfernt, irgendwo ‚dort unten'." Sie wollen damit sagen, daß Ihr Verwandten- und Bekanntenkreis der Ansicht sei, Korea gehe uns nichts an, nicht das geringste.

Viele sind der Ansicht, daß wir Deutschen wahrlich andere Sorgen hätten, als uns mit Ereignissen zu beschäftigen, die sich jeder Kenntnisnahme, geschweige denn einer Einflußnahme entziehen.

Sie selbst möchten dieser „Weisheit letzten Schluß" nicht wahrhaben und lehnen sich dagegen auf. In dem Gefühl, „man kann ja schließlich nicht alles wissen und wie soll man denn allein mit all diesen Problemen fertig werden", wenden Sie sich an mich.

Die einzig mögliche Antwort

Ich halte es für zweckmäßig, Ihre Äußerungen ein wenig zu gliedern, um Ihnen auf diese Weise Ihre Fragen Punkt für Punkt zu beantworten.

Ihre Bekannten und Verwandten sind der Ansicht, Korea liege weltenweit von Deutschland entfernt, und der Kriegsschauplatz in Korea habe keine Rückwirkung auf unsere Verhältnisse. Ich möchte dagegen behaupten, Korea liegt mitten unter uns. Auch Deutschland ist schon ein Teil dieses Kriegsschauplatzes geworden. Auch Deutsche führen schon Krieg in Korea. Sie selbst geben zu, daß die öffentliche Meinung in Westdeutschland von den kriegerischen Ereignissen in Korea tief beeindruckt ist und davon außerordentlich beunruhigt wird. Die Vereinigten Staaten hätten seit Ausbruch des Koreakrieges erhebliche Aufträge an die deutsche Industrie, vor allem an die

Das wahre Gesicht des Angreifers

Angeblich kämpft er für Humanität und Menschenrechte, in Wirklichkeit aber für die Gewinne der USA-Bankiers



Hände weg von Korea!

Korea, eine Halbinsel von der Größe der DDR und der USA-Zone Deutschlands zusammengenommen, ist etwa 200 km von Japan entfernt. Einwohnerzahl: etwa 27 Millionen. Grenzt an die Mandschurische Volksrepublik und an die Sowjetunion.

Was wollen die Amerikaner in Korea?

„Der Einfall der militärischen Kräfte der USA in Korea stellt einen offenen Krieg gegen das koreanische Volk dar. Der Einfall bezweckt, Korea um die nationale Unabhängigkeit zu bringen, die Schaffung eines einheitlichen demokratischen koreanischen Staates zu verhindern und unter Gewaltanwendung in Korea ein volksfeindliches Regime aufzurichten, das den regierenden Kreisen der USA erlauben würde, Korea in ihre Kolonie zu verwandeln und das koreanische Gebiet als militärisch-strategisches Aufmarschgebiet im Fernen Osten zu benutzen."

(Aus der Erklärung des Sowjet. Stellv. Außenministers Gromyko vom 4. 7. 50)

Bodenreform in der Volksrepublik — mittelalterliche Feudalherrschaft im USA-Protektorat

Seit 1905 vom japanischen Imperialismus grausam unterdrückt, erhielt Korea 1945 in der nördlichen Hälfte sowjetische, in der südlichen Hälfte USA-Besatzung. Die Sowjetregierung zog ihre Besatzungstruppen 1948, die USA die ihren 1949 zurück. Das industrielle Nordkorea (südlich bis zum 38. Breitengrad) bildete die Volksrepublik Korea unter Kim Ir Sen.

Im Südteil, in dem die Landwirtschaft vorherrscht, ließen die Amerikaner eine 500 Mann starke Militärmission zurück, um eine imperialistische Landsknechtsarmee zu bilden und die feudalen Gutsbesitzer vor den demokratischen Volkskräften zu schützen. Eine Marionettenregierung unter dem Verräter Syng Man Rhee bemühte sich um die Durchführung der Befehle aus Washington.

Am 25. Juni 1950 griff die südkoreanische, von Amerikanern befehligte Armee die Volksrepublik Korea an

Beweise der amerikanischen Blutschuld

Schon am 5. Juni — also zwanzig Tage vor dem Angriff — veröffentlichte die „New York Herald Tribune" eine Meldung ihrer Korrespondenten aus Söul (Südstaat), wonach General Roberts geäußert hat:

„In Südkorea hat der amerikanische Steuerzahler eine Armee, die ein ausgezeichneter Wachhund ist. Sie schützt die Kapitalinvestierungen in diesem Land und stellt eine Kraft dar, die bei minimalen Ausgaben maximale Ergebnisse verbürgt. Wenn Sie eine ausländische Armee ausbilden wollen, dann müssen Sie über einen genügend großen Stab verfügen, um Amerikaner an allen Stellen, bis zum Bataillon herunter, einsetzen zu können. Ich habe jetzt mindestens 13 bis 14 Amerikaner in jeder Division. Sie arbeiten zusammen mit den koreanischen Offizieren, leben mit ihnen an der Front — am 38. Breitengrad — zusammen und bleiben bei ihnen im Verlaufe von Operationen und in Zeiten der Ruhe."

Kurz vor dem Angriff der südkoreanischen USA-Armee hatten Verteidigungsminister Johnson mit General Bradley den USA-Diktator Japans, General MacArthur, besucht und die gegen die Volksrepublik Korea getroffenen Angriffsvorbereitungen inspiziert.

Wie die „New York Herald Tribune" vom 19. Juni 1950 aus Söul meldet, erklärte der berüchtigte Kriegshetzer John Foster Dulles, gelegentlich einer Inspektionsreise nach Südkorea, zwei Tage vor dem Angriff auf die Volksrepublik, vor der südkoreanischen Nationalversammlung: **„Heute liegt das koreanische Volk in der Frontlinie der Freiheit, unter Bedingungen, die gefährlich, aber auch anfeuernd sind. Zweifellos stehen schwierige Tage bevor, aber das, was sich bisher ereignete, zeigt, daß es in eurer Macht liegt, das Ziel zu erreichen."**

Am 20. Juni 1950 meldet die „Neue Zürcher Zeitung" aus der südkoreanischen Hauptstadt: **„Es fehlt im südlichen Korea nicht an Leuten, die eine Lösung der das Land schwer bedrückenden Probleme im militärischen Angriff auf den Norden sehen. Die von den Amerikanern ausgerüstete, vorzüglich geschulte Ar-**

#148

China klagt an!

X-DD 2

Was Amerika der Welt verschweigt!

Der Vertreter der Regierung Volkschinas, Wu Hsiu-tschuan, übergab auf einer Pressekonferenz in New York den Vertretern der Zeitungen den Text einer Rede, die er in der Sitzung des Politischen Ausschusses der UN-Vollversammlung halten wollte. Der chinesische Delegierte hat diese Rede nicht halten können, weil der amerikanische Block der Erörterung der Frage der amerikanischen Aggression gegen China alle möglichen Hindernisse in den Weg legt. Die Rede Wu Hsi-tschuans hat folgenden Wortlaut:

„Ich habe am 27. November die Rede des Vertreters der Sowjetunion, Herrn Wyschinskij, gehört, der die Vereinigten Staaten der Aggression gegen China beschuldigt. Im Namen der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik schließe ich mich hiermit der Rede des Vertreters der Sowjetunion, Herrn Wyschinskij, in der die Vereinigten Staaten der Aggression gegen China beschuldigt werden, ohne Einschränkung an.

Die Sowjetunion ist immer der große Freund des chinesischen Volkes gewesen. Bald nach dem Siege der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sagte sich die Sowjetunion von den vom zaristischen Rußland mit China abgeschlossenen, nicht auf Gleichberechtigung beruhenden Verträgen los und begann eine Politik auf der Grundlage wirklicher Gleichberechtigung mit China. Nach der Bildung der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik schloß die Sowjetunion mit China einen wahren chinesisch-sowjetischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandsvertrag ab, der die tiefe Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern der Sowjetunion vertraglich verankerte. Die Ausführungen Herrn Wyschinskijs zeigen erneut, daß die Sowjetunion der zuverlässigste Freund und Bundesgenosse des chinesischen Volkes bei seinem Widerstand gegen die imperialistische Aggression und beim Aufbau Volkschinas ist.

Alle imperialistischen Aggressoren, insbesondere die der Vereinigten Staaten, fürchten die Einheit der Völker Chinas und der Sowjetunion. Sie fürchten den chinesisch-sowjetischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandsvertrag, der sich gegen die imperialistische Aggression richtet und die beiderseitigen Interessen Chinas und der Sowjetunion verteidigt. Da China und die Sowjetunion einmütig sind, wird es den Imperialisten schwer, ihre aggressiven Verschwörungen in die Tat umzusetzen. Die Kraft der fest zusammengeschlossenen 700 Millionen Menschen der Völker Chinas und der Sowjetunion stellt ein sehr ernstes Hindernis auf dem Wege der imperialistischen Aggression dar. Deshalb erfinden die imperialistischen Aggressoren in ihrer Verzweiflung alle möglichen Maßnahmen, um zwischen die beiden großen Verbündeten, China und die Sowjetunion, einen Keil zu treiben. Aber ich muß diesen imperialistischen Aggressoren sagen: ‚Die große Einheit Chinas und der Sowjetunion ist unerschütterlich. Alle eure Verschwörunoen zu dem Zweck, einen Keil zwischen uns zu treiben, sind nutzlos. Sie sind zum Mißerfolg verurteilt und sind bereits gescheitert.

General Wu Hsiu Tschuan,
der Delegierte der chinesischen Volksrepublik im Sicherheitsrat der UN

Dulles und Austin als Lügner entlarvt

Ich habe auch die Antwort des Vertreters der Vereinigten Staaten, Mr. Dulles, gehört, und zwar an dem gleichen Tage, an dem Herr Wyschinskij sprach. Aber die Antwort von Mr. Dulles an Herrn Wyschinskij, die Ausführungen von Mr. Austin zu der gleichen Frage und seine Antwort auf meine Rede im Sicherheitsrat sowie die von dem Vertreter Englands, Mr. Jebb, angeführten Argumente, womit er den Vertreter der USA unterstützte — alle diese Reden, Antworten und Argumente entstellen die Tatsachen, verzerren die Wahrheit und können keiner Prüfung standhalten. Sie haben viel geredet. Aber worüber sie auch redeten, ob über Geschichte, Philosophie, Politik oder Ökonomie, es ist ihnen niemals gelungen, ihren Argumenten Überzeugungskraft zu verleihen. Dies erklärt sich dadurch, daß sie fest entschlossen sind, die Aggression zu unterstützen und die Aggression zu verteidigen. Sie möchten die Aggression als Verteidigung, die Aggression als Widerstand gegen die Aggression, den Krieg als Frieden, die Wahrheit als Lüge und Schwarz als Weiß bezeichnen. Aber das ist unmöglich, wenn sie auch noch so redegewandt sind. Was das gegenwärtig von uns zu erörternde Problem betrifft — können sie etwa durch ihr Gerede die Tatsache aus der Welt schaffen, daß sich starke Streitkräfte in der Straße von Taiwan befinden, daß die 7. USA-Flotte hier eingedrungen ist und Taiwan, also chinesisches Gebiet, besetzt hält? Können sie von der Verletzung der Luftgrenzen Chinas durch Bombenabwürfe, Maschinengewehrbeschuß und Aufklärungsflüge, wie von Tausenden amerikanischer Flugzeuge Hunderte von Malen durchgeführt worden sind, sprechen, als diese Ereignisse überhaupt nicht stattgefunden hätten? Nein, das ist unmöglich.

Aber das Unmögliche zu tun, gerade das ist hier die Aufgabe von Mr. Dulles, Mr. Austin und den übrigen Vertretern des anglo-amerikanischen Blocks. Mr. Dulles nahm die Pose eines gutherzigen Menschen an und begann seine Rede damit, daß er die Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und dem Volk der Vereinigten Staaten erwähnte. Gestatten Sie uns, in diesem Falle auf die Frage der Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem amerikanischen Volk näher einzugehen.

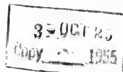
Besteht eine tiefe Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem amerikanischen Volke? Ja. Bei meiner Ankunft in New York habe ich festgestellt: ‚Zwischen dem chinesischen und dem amerikanischen Volk hat immer eine tiefe Freundschaft bestanden'. Ich möchte nochmals betonen: die tiefe Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem amerikanischen Volk bestand nicht nur in der Vergangenheit, eine solche Freundschaft besteht nicht nur jetzt, sondern diese Freundschaft wird auch in Zukunft bestehen. Aber die Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem amerikanischen Volke hat nichts zu tun mit der sogenannten Freundschaft, von der die Herren Dulles, Austin, Acheson und Truman reden, mit einer Freundschaft zwischen den amerikanischen imperialistischen Aggressoren und dem chinesischen Volk, das unter dieser Aggression zu leiden hat.

Die „Freundschaft" des USA-Imperialismus

Mr. Dulles und Mr. Austin haben in ihren Reden mit allen Mitteln zu beweisen versucht, daß die amerikanischen imperialistischen Aggressoren dem chinesischen Volk gegenüber freundschaftlich eingestellt seien. Nach Mr. Dulles beruhte diese Freundschaft nicht in erster Linie auf den amerikanischen Handelsinteressen in China, sondern sie erklärte sich aus kulturellen und humanen Motiven. Es wurde behauptet, gerade dies sei stets die Grundlage der Beziehungen gewesen, die in den letzten 150 Jahren zwischen den amerikanischen Imperialisten und China bestanden.

Wie sah im Verlauf der Geschichte diese sogenannte Freundschaft der amerikanischen Imperialisten mit dem chinesischen Volk in Wirklichkeit aus? Welches war in Wirklichkeit das Wesen ihrer kulturellen und humanitären Maßnahmen in China? Welches sind in Wirklichkeit ihre Freunde in China? Die amerikanischen Imperialisten waren genau so wie die englischen die ersten unter den Opiumhändlern, die das Opium nach China brachten. Ein sehr großer Teil des im Jahre 1839 in Kanton beschlagnahmten Opiums wurde amerikanischen Opiumhändlern abgenommen. Während des Opiumkrieges führte ein Kapitän der amerikanischen Flotte namens Kearny persönlich ein Geschwader von Kriegsschiffen in das Chinesische Meer, um die englischen Streitkräfte moralisch zu unterstützen. Im Juli 1844 wurde die chinesische Regierung mit den Vertretern der mandschurischen Dynastie an der Spitze gezwungen, in Wansja einen Vertrag mit den Vereinigten Staaten zu unterzeichnen, in dem zum ersten Male von dem „Recht der Exterritorialität" und von „gleichen Möglichkeiten" die Rede war. Dieser Vertrag ist einer der ersten nicht auf Gleichberechtigung beruhenden Verträge, wie sie von der mandschurischen Dynastie mit ausländischen Regierungen abgeschlossen wurden. In der Zeit von 1857 bis 1860, als England und Frankreich gemeinsam in China eindrangen und Tientsin und Peking besetzten, nahmen amerikanische Kriegsschiffe an den Kampfhandlungen teil. Weiterhin machte sich die Regierung der USA die nunmehr entstandene Lage zunutze, um die mandschurische Dynastie zu zwingen, im Jahre 1858 in Tientsin einen chinesisch-amerikanischen Vertrag zu unterzeichnen. Damit erwarb sie das Sonderrecht, die chinesischen Zölle zu beschränken, und sicherte sich Vorzugsrechte für die Schiffahrt auf den innerchinesischen Wasserstraßen.

Encl #44



Nun hat das deutsche Volk das Wort!

Das Angebot Otto Grotewohls

Am Freitag, dem 1. Dezember 1950, nachmittags 16.50 Uhr, ließ Ministerpräsident Otto Grotewohl durch einen Sonderbeauftragten folgendes Schreiben an den Bundeskanzler Dr. Adenauer in seinem Amtssitz in Bonn überreichen:

„Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage ist die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages, sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht. Es würde den Wünschen aller friedliebenden Deutschen entsprechen, wenn ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten hätte und den Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten würde. Gleichzeitig würde er die genannten Regierungen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages konsultieren. Über diesen Vorschlag kann unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung übernehmen könnte. So würde die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates sofort die unverzügliche Aufnahme der Beratungen zum Abschluß eines Friedensvertrages schaffen, und gleichzeitig könnte der Rat die Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind.

Weite Kreise der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß der nächste Schritt zur Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes sein müßte, den vier Besatzungsmächten einen gemeinsamen deutschen Vorschlag zu unterbreiten. Von diesem Willen der friedliebenden Bevölkerung ausgehend, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen. Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden. Über Ort und Zeit könnte zwischen den Staatssekretären der Ministerpräsidenten eine Verständigung erfolgen.

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl, Ministerpräsident.

Berlin, den 30. November 1950."

Die Erklärung Dr. Adenauers vor der Westpresse

Es vergingen sieben Wochen. Während dieser Zeit wurde vom Bundeskanzleramt wiederholt eine Beantwortung angekündigt und ebensooft die Ankündigung widerrufen.

Schließlich gab Dr. Adenauer, statt den Brief Otto Grotewohls zu beantworten, vor der Bundespressekonferenz in Bonn am 15. Januar 1951 die folgende Erklärung ab:

Meine Damen und meine Herren!

Ich werde Ihnen eine Erklärung der Bundesregierung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und in Freiheit abgeben. Diese Erklärung ist die folgerichtige und notwendige Fortsetzung der Politik, die die Bundesregierung vom Tage ihres Bestehens an verfolgt hat und die bereits bei der Abfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ihren Ausdruck gefunden hatte. Diese Erklärung ließ ebenso wie das Weißbuch zur Beurteilung des Grotewohl-Briefes in aller Deutlichkeit noch einmal erkennen, daß die Bundesregierung sich nicht darauf beschränkt hat, wortreiche Mitteilungen abzugeben, sie bekenne sich zur deutschen Einheit, sondern daß sie sehr genau umrissene und durchaus praktische Vorschläge für die Wiedervereinigung ganz Deutschlands gemacht hat.

Die gegenwärtigen Machthaber in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und ihre Auftraggeber haben getreu der von ihnen verfolgten Taktik eine Propaganda-Kampagne geführt, deren Ziel es ist, im deutschen Volke den Eindruck zu erwecken, daß die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes an dem bösen Willen der Bundesrepublik Deutschland scheitere. Aber eine Unwahrheit wird dadurch noch nicht zur

LESEN WEITERGEBEN!

LESEN WEITERGEBEN!

Über die Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik

SOWJETISCH-DEUTSCHES KOMMUNIQUE

über die Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik

Vom 20. bis 22. August fanden in Moskau Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik statt.

Sowjetischerseits heben en den Verhandlungen teilgenommen: der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, G. M. Malenkow, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, der Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. Chrustschow, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Verteidigungsminister der UdSSR, N. A. Bulganin, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, L. M. Kaganowitsch, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Innen- und Außenhandel der UdSSR, A. J. Mikojan, der Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, M. S. Saburow, der Minister der Finanzen der UdSSR, A. G. Swerew, der Hohe Kommissar der UdSSR in Deutschland, Botschafter W. S. Semjonow.

Seitens der Deutschen Demokratischen Republik haben an den Verhandlungen teilgenommen: Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Otto Nuschke, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Aufbau, Dr. Lothar Bolz, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister der Finanzen, Dr. Hans Loch, der Minister für Land- und Forstwirtschaft, Hans Reichelt, der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Kurt Gregor, der Minister für Hüttenwesen und Erzbergbau, Fritz Selbmann, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Bruno Leuschner, der Chef der Diplomatischen Mission der DDR in Moskau, Botschafter Rudolf Appelt, der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herbert Wernke, der Präsident des Netionelrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschlend, Professor Dr. Correns, der Vorsitzende des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend, Erich Honecker, die Vertreterin des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Ilse Thiele, der Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Peter Florin.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurden wichtige Fregen, welche die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik hetreffen, sowie aktuelle Fragen, die sich auf das deutsche Prohlem als Ganzes beziehen, hesprochen.

Die Verhendlungen verliefen in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre des gegenseitigen Einvernehmens.

Es wurde volle Übereinstimmung darüber erzielt, daß die anormale Lage, daß Deutschland nach Ahlauf von echt Jahren seit Beendigung des Krieges in Europa keinen Friedensvertrag hat, in einen westlichen und einen östlichen Teil gespalten ist und gegenüber den anderen Staaten eine nicht gleichberechtigte Stellung einnimmt, beseitigt werden muß. Zur Erreichung dieses Zieles soll in naher Zukunft eine Friedenskonferenz einherufen werden, wobei die Beteiligung der Vertreter Deutschlands in ellen Stadien der Vorbereitung des Friedensvertrages sowie auf der Friedenskonferenz gewährleistet werden muß. Für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage soll durch unmittelbare Vereinbarung zwischen Ost- und Westdeutschland eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung gehildet werden, deren Hauptaufgabe darin bestehen wird, freie gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten und durchzuführen, in deren Ergebnis das deutsche Volk selbst, ohne Einmischung ausländischer Staaten, die Frage des Gesellschafts- und Staatsaufbaues des einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands lösen wird.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Repuhlik hat mit Genngtuung und Dankbarkeit die Erklärung der Sowjetregierung über die Erleichterung der mit den Folgen des Krieges zusemmenhängenden finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands entgegengenommen.

Im Verleufe der Verhandlungen erzielten die Seiten Übereinstimmung bezüglich der Durchführung einer Reihe politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, bei der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik wie auch bei der Hehung des materiellen Wohlstandes ihrer Bevölkerung Hilfe zu leisten. Hierbei wurde berücksichtigt, daß die Deutsche Demokratische Repuhlik in den vergangenen Jahren ihre Verpflichtungen gegenüber der Sowjetnnion gewissenhaft erfüllte und daß dank der Bemühungen der deutschen demokratischen Kräfte die Deutsche Demokratische Republik einen wichtigen Faktor des Kampfes für den Frieden in Europa darstellt.

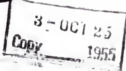
Der Beschluß der Sowjetregierung sieht vor: die Beendigung der Entnahme von Reparationen aus der Deutschen Demokratischen Republik ah 1. Januar 1954, die unentgeltliche Überführung der in Deutschland befindlichen SAG-Betriebe in das Eigentum der DDR; die Senkung der Zahlungsverpflichtungen der DDR, die mit dem Aufenthalt sowjetischer Truppen euf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik verbunden sind, so daß die Summe jährlich 5 Prozent der Einnahmen des Staatshaushaltes der DDR nicht überschreitet; die Befreiung der DDR von der Zahlung der Schulden, die als Besatzungskosten in ausländischer Währung nach 1945 entstenden sind; die Befreiung Deutschlands von der Zahlung der Nachkriegsstaatsschulden an die Sowjetunion.

Über das in diesem Zusammenhang erzielte Übereinkommen wurde von den Seiten ein Protokoll unterzeichnet, dessen Wortlaut nachstehend veröffentlicht wird.

Im Verlauf der Verhandlungen wurde ferner über einige andere Fragen Übereinstimmung erzielt, die die Festigung und Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik betreffen.

Unter anderem wurde Übereinstimmung darüber erzielt, im Jahre 1953 zusätzlich zu dem geltenden Handelsabkommen aus der Sowjetunion Waren im Werte





Weltrekord IM VERFASSUNGSBRUCH

Wir sind schon einiges gewohnt!

Was die Bonner Regierung dem Volk zumutet, gibt es so leicht nicht mehr wieder.

Mißachtung des Volkswillens und

Verfassungsbrüche

waren die Vorliebe aller Regierungen Deutschlands seit jeher. Jedesmal, wenn Verfassungsbrüche und Gesetzesübertretungen seitens der Regierungen zur Methode wurden, stürzte das Volk in das

Unglück des Krieges.

Die Bonner Regierung stellt alles in den Schatten!

Ein Rekord in Verfassungsbrüchen.

Neun Länderverfassungen durchlöchert — aufgehoben — durchbrochen. Neunmal in wenigen Tagen die feierlich beschworenen Grundrechte der Staatsbürger beseitigt:

Die Verfassung von Bayern wird gebrochen.

Sie wurde 1947 durch Volksabstimmung angenommen. Sie sieht in Artikel 74 vor: „Ein Volksentscheid ist herbeizuführen, wenn ein Zehntel der stimmberechtigten Staatsbürger das Begehren nach Schaffung eines Gesetzes stellt ..."

Die Verfassung von Nordrhein-Westfalen wird gebrochen.

Sie wurde 1950 durch Volksentscheid angenommen. Sie sieht in Artikel 68 vor: „Das Volksbegehren ist rechtswirksam, wenn es von mindestens einem Fünftel der Stimmberechtigten gestellt ist ... Entspricht der Landtag dem Volksbegehren nicht, so ist binnen zehn Wochen ein Volksentscheid herbeizuführen."

Die Verfassung von Württemberg-Baden wird gebrochen.

Sie wurde 1946 durch Volksabstimmung angenommen. Sie sieht in Artikel 83 vor: „Die Regierung kann ein vom Landtag beschlossenes Gesetz vor seiner Verkündung zur Volksabstimmung bringen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Landtags es beantragt."

Die Verfassung von Hessen wird gebrochen.

Sie wurde 1946 durch Volksabstimmung angenommen. Sie sieht in Artikel 124 vor: „Ein Volksentscheid ist herbeizuführen, wenn ein Fünftel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfes stellt."

Die Beschlüsse der Prager Aussenministerkonferenz

Potsdam

Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

Friedensvertrag mit Deutschland

Unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

Abzug der Besatzungstruppen

Ami go home!

Ohne uns!

Ost

West

Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat, und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentiels.

Deutsche an einen Tisch!

Den Lügenfritzen eins aufs Maul

Ein Wort zur Volksbefragung über jene, die schwatzen: „Hier hat Moskau seine Hand im Spiel"

Diktaturkanzler Adenauer und Kriegstrompeter Schumacher überschlagen sich fast vor Angst. Sie merken, daß ihr Verbot der Volksbefragung ein Schlag ins Wasser ist. Deshalb drehen sie wieder einmal die antisowjetische Walze Goebbels, ihres Lehrmeisters in Lüge und Demagogie. Die Bonner Lügenfritzen erklären, die Volksbefragung sei eine von Moskau ferngesteuerte Angelegenheit, ja eine direkte Intervention der Sowjetunion. Sie versuchen auf diese Weise, jeden, der sich an der Volksbefragung beteiligt, als „Agenten Moskaus" hinzustellen und hoffen dadurch, viele von der Teilnahme an der Abstimmung abzuhalten. Nun hat aber zum Leidwesen der Bonner Volksfeinde J. W. Stalin die friedliebenden Menschen der ganzen Welt aufmerksam gemacht, daß der Krieg unvermeidlich werden kann, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen. Deshalb erkennen die Friedensfreunde im Osten und Westen Deutschlands als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, bei der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung den Lügenfritzen eins auf das Maul zu geben, ihr „Argument" von der Fernsteuerung und der Intervention der Sowjetunion zu zerschlagen. Und das ist gar nicht so schwer.

Vor Tisch las man's anders . . .

Wir erinnern vor allem die sozialdemokratischen Friedensfreunde im Westen daran, daß es nicht Moskau und kein „Russe" war, die die Volksbefragung forderten, sondern der ehemalige Bundesminister Dr. Heinemann, der es ablehnte, weiter einer Regierung anzugehören, die die Remilitarisierung durchführt, ohne das Volk darüber zu befragen. Aber schon lange vor ihm und der großen Essener Konferenz sprachen gerade die SPD-Führer von der Volksbefragung. Nach einem Bericht des „Berliner Stadtblatt" vom 19. August 1950 erklärte der führende SPD-Funktionär Carlo Schmidt auf der „Europarats"-Sitzung in Straßburg: „Die Sozialdemokraten Deutschlands verweigern ihre Zustimmung zu jedem Projekt einer deutschen Wiederaufrüstung. Der Grund für unsere Haltung ist, daß wir überzeugt sind, daß wir mit einer deutschen Wiederaufrüstung dem Frieden den schlechtesten Dienst leisten würden." Nach einer Mitteilung der „Rhein-Neckar-Zeitung" vom 4. Oktober 1950 erklärte der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, einem Vertreter der Deutschen Presseagentur, es sei notwendig, „dem Volke Gelegenheit zu geben, zu der Frage der Remilitarisierung selbst Stellung zu nehmen". Dabei führte er noch an, „daß maßgebende sozialdemokratische Persönlichkeiten auch die Möglichkeit einer Volksbefragung zur Remilitarisierung diskutieren". Und Schumacher selbst erklärte am 24. Oktober („Frankfurter Neue Presse" vom 25. Oktober 1950): „Verfassungsmäßig könne über jeden Karabiner in Deutschland nur durch das Volk selbst entschieden werden." In einer seiner Wahlreden erklärte er wörtlich: „Wird die Remilitarisierung dem Volke die Chance geben, über seinen letzten Lebensinhalt selbst zu entscheiden?"

Wie man sieht, mimten die SPD-Führer vor wenigen Monaten noch Remilitarisierungsgegner, die sogar die Volksbefragung diskutierten und forderten. Es geschah dies allerdings gelegentlich verschiedener Wahlkampagnen in Westdeutschland. Heute sagen dieselben Leute das gerade Gegenteil und behaupten, die Volksbefragung sei eine von Moskau inspirierte Sache. **Damit entlarven sie ihre damaligen Erklärungen aber nur als Wahldemagogie und sich selbst als Lügenfritzen und Volksverräter.**

Wer und was ferngesteuert wird

Damit aber ist die hundertprozentige Wendung der Schumacherkompanie noch nicht erklärt. Sie ist nur zu verstehen, wenn man das Folgende in Betracht zieht: Damals war der amerikanische Krieg gegen das koreanische Volk noch im Anfangsstadium. Inzwischen haben die USA-Kriegsverbrecher furchtbare Niederlagen einstecken müssen. **Ihnen wie der ganzen Welt ist heute klar, daß das von chinesischen Freiwilligen unterstützte koreanische Volk aus dem Kriege als Sieger hervorgeht.** Noch ehe es so weit ist möchten die Trumaner den Krieg auch in Europa beginnen. Deshalb gingen sie von ihrer Taktik der „geheimen" Durchführung ab und zur offenen Politik der Remilitarisierung Westdeutschlands über. In dieser Situation können sie den Schumacher, Ollenhauer und Wehner keine „Opposition" erlauben. Sie beriefen deshalb nicht nur Adenauer nach Washington, um ihm die **beschleunigte Remilitarisierung zu befehlen.** Sie ließen auch Schumacher, Ollenhauer, Wehner und Reuter kommen. Und siehe, nach diesen Reisen ist jede „Opposition" gegen die Remilitarisierung vorbei. Wehner mußte es sogar übernehmen, das Verbot der Volksbefragung zu verlangen.

Wer und was hier ferngesteuert wird, ist also klar: nicht die Volksbefragung von Moskau, sondern von den Wallstreetmagnaten und dem Pentagon (Kriegsministerium der USA) **wird die Remilitarisierung in Westdeutschland betrieben und gelenkt.** Von dort wird die Politik der Adenauer und Schumacher gesteuert. Diese „Fernsteuerung" ist dabei gar nicht so schwierig, denn erstens sind die Herren selbst Feuer und Flamme für die amerikanische Kriegspolitik gegen die friedliebenden Völker, und zweitens brauchen sie nicht immer erst auf Rechnung der Rockefeller und Morgan nach den USA fahren oder fliegen. Die Statthalter Washingtons und des Pentagon, McCloy und Eisenhower, rufen sie einfach zum gelegentlichen Befehlsempfang auf den Petersberg, nach Godesberg und sonst wohin ganz in der Nähe.

Mancher sah noch keinen „Russen" von Angesicht zu Angesicht

Nun frage jeder sozialdemokratische Friedensfreund jene Angehörigen der SPD, der christliche Friedensfreund jene Mitglieder der CDU usw., die auf der Essener Konferenz waren oder Mitglieder des Hauptausschusses für die Volksbefragung sind, ob sie jemals in der Sowjetunion waren. Mancher vielleicht als Kriegsgefangener. Keiner von diesen Mitgliedern der SPD, der CDU oder anderer Parteien ist aber vorher nach Moskau gefahren, um dann nach seiner Rückkehr erst gegen die Remilitarisierungspolitik der Adenauer und Schumacher Stellung zu nehmen. — Millionen Gegner der Remilitarisierung in Westdeutschland, Arbeiter, Bauern, Handwerker, Wissenschaftler, Künstler, Unternehmer, haben einen „Russen" noch nicht einmal von Angesicht zu Angesicht gesehen. Viele dieser Gegner der Remilitarisierung haben von der Sowjetunion noch falsche Vorstellungen, und mancher von ihnen mag diesbezüglich sogar noch unter dem Eindruck der von Adenauer und Schumacher durchgeführten Hetzpropaganda stehen. Ihr Denken und Handeln wird also nicht von Moskau ferngesteuert. **Sie wollen die Erhaltung des Friedens und sind deshalb gegen die Remilitarisierung. Ihnen geht es einfach um das Schicksal unseres Volkes und Vaterlandes, um das Leben von Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder. Sie sind einfach deutsche Patrioten, und deshalb sind sie für die Volksbefragung und führen diese auch durch.**

Wer diese ehrlichen Deutschen als ferngesteuerte „Agenten Moskaus" bezeichnet, nur weil auch die Sowjetunion für den Frieden und deshalb gegen die Remilitarisierung Deutschlands ist, will damit nur verdecken, daß er selbst für den Krieg und deshalb für die Remilitarisierung, ein Agent der amerikanischen Kriegsbrandstifter und Geschäftsführer der deutschen von McCloy wieder eingesetzten Kanonenkönige und Kriegsgewinnler Krupp und Konsorten ist.

Es zeugt nicht gerade von großer Erfindergabe, wenn die amerikanischen Kriegsbrandstifter und ihre englischen, französischen und deutschen Agenten nichts Besseres wissen, als immer wieder die alte abgeleierte Platte zu spielen: „Rußland bedroht die Welt" — „Wir müssen die westliche Kultur vor dem Bolschewismus retten." — Wie oft haben es die Goebbels-Sender in die Welt geschrien und wie viele haben es zu ihrem späteren Leidwesen damals geglaubt. Aber heute ist die Lage doch etwas

X-DD261 .4 .29 #154

Interview J. W. Stalins mit einem Korrespondenten der „Prawda"

Moskau (ADN). Kürzlich wandte sich ein Korrespondent der „Prawda" mit einer Reihe von Fragen außenpolitischen Charakters an Stalin.

Frage:

Wie bewerten Sie die letzte Erklärung des britischen Premierministers Attlee im Unterhaus, daß die Sowjetunion nach Beendigung des Krieges nicht abgerüstet habe, das heißt, ihre Truppen nicht demobilisiert habe, daß die Sowjetunion ihre Streitkräfte immer weiter vergrößert?

Antwort:

Ich bewerte diese Erklärung des Premierministers Attlee als eine Verleumdung der Sowjetunion. Der ganzen Welt ist bekannt, daß die Sowjetunion nach dem Kriege ihre Truppen demobilisiert hat. Wie bekannt, wurde die Demobilisierung in drei Etappen durchgeführt, die erste und die zweite Etappe fielen in das Jahr 1945, und die dritte Etappe erstreckte sich von Mai bis Ende September 1946. Außerdem wurde in den Jahren 1946 und 1947 eine Demobilisierung der älteren Jahrgänge des Personalbestandes der Sowjetarmee durchgeführt. Anfang 1948 wurden alle restlichen älteren Jahrgänge demobilisiert. Wenn Premierminister Attlee auf dem Gebiete der Finanz- und Wirtschaftswissenschaften wirklich bewandert wäre, so würde er ohne Mühe verstehen, daß kein einziger Staat, also auch die Sowjetunion nicht, in vollem Umfange die Friedensindustrie entwickeln kann, große Bauvorhaben wie die Wasserkraftwerke an der Wolga, am Dnjepr und am Amu Darja, die Milliardensummen staatlicher Ausgaben erfordern, beginnen kann, die Politik der systematischen Preissenkung für Massenbedarfsartikel, die ebenfalls Dutzende von Milliarden erfordert, fortsetzen kann, Hunderte von Milliarden für den Wiederaufbau der durch die deutschen Okkupanten zerstörten Volkswirtschaft aufwenden und außerdem gleichzeitig seine Streitkräfte vergrößern und seine Kriegsindustrie entfalten kann. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß eine solche unvernünftige Politik zum Staatsbankrott führen würde. Premierminister Attlee müßte aus eigener Erfahrung wie auch aus der Erfahrung der USA wissen, daß die Vergrößerung der Streitkräfte des Landes um ein Vielfaches und das Wettrüsten zur Entfaltung der Kriegsindustrie zur Einschränkung der Friedensindustrie, zur Stillegung großer ziviler Bauvorhaben, zur Erhöhung der Steuern und zur Erhöhung der Preise für Massenbedarfsartikel führt. Es ist verständlich, daß, wenn die Sowjetunion die Friedensindustrie nicht einschränkt, sondern im Gegenteil erweitert, wenn sie den Bau neuer, grandioser Wasserkraftwerke und Bewässerungssysteme nicht stillegt, sondern im Gegenteil entfaltet, wenn sie die Politik der Preissenkung nicht einstellt, sondern im Gegenteil fortsetzt, sie damit nicht gleichzeitig ihre Kriegsindustrie aufblähen und ihre Streitkräfte vergrößern kann, ohne dabei zu riskieren, daß der Bankrott eintritt.

Und wenn Premierminister Attlee trotz aller dieser Tatsachen und wissenschaftlichen Erwägungen es dennoch für möglich hält, die Sowjetunion und ihre friedliche Politik offen zu verleumden, so kann man das nur damit erklären, daß er denkt, durch Verleumdungen gegen die Sowjetunion das gegenwärtig von der Labour-Regierung betriebene Wettrüsten in England zu rechtfertigen.

Premierminister Attlee braucht die Lüge über die Sowjetunion, er muß die friedliche Politik der Sowjetunion als eine aggressive und die aggressive Politik der britischen Regierung als eine friedliche Politik darstellen, um das britische Volk irrezuführen, um ihm diese Lüge über die Sowjetunion aufzubinden und es auf diese Weise durch Betrug in einen neuen Weltkrieg zu zerren, der von den herrschenden Kreisen der USA organisiert wird.

Premierminister Attlee gibt sich als Friedensanhänger aus. Wenn er aber tatsächlich für den Frieden ist, warum hat er den Vorschlag der Sowjetunion in der Organisation der Vereinten Nationen über den sofortigen Abschluß eines Friedenspaktes zwischen der Sowjetunion, Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika, China und Frankreich abgelehnt?

Wenn er tatsächlich für den Frieden ist, warum hat er die Vorschläge der Sowjetunion auf unverzügliche Beschränkung der Rüstungen und auf ein sofortiges Verbot der Atomwaffe abgelehnt?

Wenn er tatsächlich für den Frieden ist, warum verfolgt er diejenigen, die für die Verteidigung des Friedens eintreten, warum hat er den Friedenskongreß in Großbritannien verboten? Könnte etwa die Kampagne für die Verteidigung des Friedens die Sicherheit Großbritanniens bedrohen?

Es ist klar, daß Premierminister Attlee nicht für die Erhaltung des Friedens ist, sondern für die Entfesselung eines neuen weltweiten Aggressionskrieges

Frage:

Was denken Sie über die Intervention in Korea? Womit kann sie enden?

Antwort:

Wenn Großbritannien und die USA die friedlichen Vorschläge der Volksregierung Chinas endgültig ablehnen wer-



Encl #7

x . a

X-DD 269 #155
.4
.29

Bitte lesen und weitergeben!

Westdeutschlands Jugend kämpft gegen die Remilitarisierung

Siebenhundert junge Kumpel trafen sich am Pfingstsonntag trotz Verbot durch die Regierung von Nordrhein-Westfalen zu der vom „Ausschuß zur Wahrung der Interessen der jungen Bergarbeiter" einberufenen Jungbergarbeiter-Konferenz auf einer Anhöhe des Teutoburger Waldes. — Die Jungarbeiter beschlossen einen „Ruf an die deutsche Jugend", der zum Kampfprogramm der jungen Menschen aller Weltanschauungen und Glaubensbekenntnisse werden soll. Nachstehend die wichtigsten Teile des Aufrufes im Wortlaut:

Ruf an die deutsche Jugend

Deutsche Jugend!

Deutschland, unsere Heimat, befindet sich in tödlicher Gefahr. Verantwortungslos und untertänig treffen die Regierenden Westdeutschlands täglich und stündlich Maßnahmen, die nichts anderes zum Ziel und zur Folge haben können, als ein neues entsetzliches Blutvergießen. Waffen werden geschmiedet und Truppen ausgebildet. Die, die sich dagegen wenden, versucht man am Sprechen, und mehr noch, am Handeln zu hindern. Unser Volk, noch schwer geschädigt durch die fünf Millionen Opfer des letzten Krieges, soll erneut auf grausamste Weise zur Ader gelassen werden. Ein neuer Blutzoll aber — gleichgültig zu welchem Zweck und von wem erhoben — ist für unser Volk untragbar. Es geht um die Rettung der verbliebenen Substanz des deutschen Volkes.

Sollen wir zusehen, wie Deutschland dem Abgrund entgegengeht? Niemals! Weder vor unserem Volk noch vor der Geschichte können wir das verantworten. Keine Minute länger können wir schweigen!

Deshalb erklären wir, die Jugend der Bundesrepublik Deutschland, am heutigen Tage feierlich:

Unsere Geduld ist zu Ende

Seit sechs Jahren müssen wir zusehen, wie sich unsere Lage trotz Bananen und Apfelsinen täglich verschlechtert.

Seit sechs Jahren gibt es für uns kein greifbares Ziel, für das wir arbeiten können, sondern nur Gerede, Versprechungen, Vertröstungen.

Seit sechs Jahren hält man uns von verantwortlichen Aufgaben fern, während die alten Parteipolitiker, die trotz erwiesener Unfähigkeit nicht abtreten wollen, ängstlich ihre eingesessenen Sessel hüten. Jene Politiker aber, die neue Wege beschritten und Verständnis für die Jugend zeigten, wurden abgebaut.

Seit sechs Jahren stehen an der Spitze unserer Verwaltungen. Behörden, unseres Staates Männer, die, auch wenn sie den Willen dazu verspürten, die Jugend und ihre Probleme nicht verstehen können, weil sie selbst vergreist sind und sich mit Vergreisten umgeben. Aus solchen Vergreisten setzt sich selbst das „Kuratorium für Jugendpflege" zusammen, dessen Anblick den Zorn der jungen Menschen hervorrufen muß.

Seit sechs Jahren werden unsere kritischen Stimmen nicht gehört. Statt dessen erklärt uns Adenauer bei der Verkündigung des „Bundesjugendplanes": „Kritik der Jugend darf man nicht ernst nehmen."

Seit sechs Jahren fragt man uns nicht um unsere Meinung, sondern bestimmt nach altem Schema über unsere Köpfe hinweg. Man maßt sich an, Jugendliche zu verfolgen, Jugendorganisationen zu verbieten, weil sie den Kurs der Regierenden nicht mitmachen.

Seit sechs Jahren ist unser Land besetzt — und deutsche Politiker machen Vorschläge, wie es noch brutaler und umfassender besetzt werden könne. „Es ist gar nicht einzusehen, daß die amerikanischen Divisionen nicht in Grafenwöhr oder in der Lüneburger Heide ausgebildet werden statt in Texas und Arizona", sagte am 23. August 1950 Dr. Schumacher.

Und jetzt krönt man eben diese sechs Jahre, um die man uns bereits betrogen **hat, mit dem ungeheuerlichsten** Ansinnen, das je an die Jugend eines Landes gestellt **wurde: Für ein solch altes, korruptes, lebensunfähiges, jugendfeindliches Staatsgebilde sollen wir im Kampfe gegen die eigenen Bürger zum Wohle Amerikas ins Grab marschieren!**

Feierlich erklären wir mit all unserer jungen Leidenschaft: **Genug! Wir machen das nicht mit! Wir sagen den Herren Regierenden nicht nur: „Ohne uns!" — wie bereits Millionen Deutscher in den vergangenen Monaten, — wir stehen nicht an, den alten, korrupten, vom Parteihader zerfressenen Regierenden der Bundesrepublik unsererseits den Kampf anzusagen. Wir brauchen keine Bevormundung durch Gouvernanten und Gouverneure. Wir kennen unsere Rechte selbst am besten und werden** sie verteidigen. **Die deutsche Jugend greift zur Selbsthilfe.**

Der Aufruf geht dann auf die Lage der Jugend in Westdeutschland ein, die sich in der Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden von jungen Menschen, der Ausnutzung und Unterbezahlung, Entrechtung und Entmündigung derjenigen, die Arbeit haben, und in der Verrohung der Jugend durch die amerikanische Kulturbarbarei widerspiegelt.

Was tut die Bonner Regierung?

Im Dezember 1950 hat die Bundesregierung zum ersten und einzigen Male auf die jahrelangen Notrufe, Bitten und Beschwerden aus den Reihen der Jugend „reagiert": Der sogenannte Bundes-Jugendplan wurde großspurig verkündet — ganze 53 Millionen Mark für die Jugend versprochen, während tatsächlich Milliarden in den Aufbau militärischer Formationen gepumpt werden.

Was ist von diesem Jugendplan übriggeblieben? Weiß Gott! Es gibt nicht einen Jugendlichen im Bundesgebiet, der etwas anderes vom Bundes-Jugendplan erfahren hat als seine Verkündigung ...

Mehr als sechs Milliarden Westmark gibt Bonn für Besatzungskosten aus ... Was könnte man damit alles anfangen! Wie großzügig könnte der Jugend geholfen werden. Für die Jugend aber bleibt nichts übrig. Und für diesen Staat, ausgerechnet für diesen Staat sollen wir unsere Haut zu Markte tragen?

Das einzige, was die Jugend von den Bonner Gouvernanten und Gouverneuren zu hören bekommt, sind Beschuldigungen, Drohungen, Beschimpfungen. Sie sind beunruhigt, daß wir uns nicht so gängeln lassen, wie sie es wollen, daß wir uns weigern, auf die Schlachtfelder eines dritten Weltkrieges zu ziehen, daß wir statt Gleichberechtigung im Sterben, Gleichberechtigung im Leben fordern. Sie fürchten uns, weil wir den hohen Begriff der persönlichen Freiheit soweit fassen, daß wir selbst bestimmen wollen, ob wir einberufen werden oder nicht, ob rekrutiert wird oder nicht. Deshalb beschimpfen sie uns und pöbeln uns an.

Die Jungbergarbeiter erklären in ihrem Aufruf, daß sie nicht daran denken, sich von diesen Herren ins Massengrab befördern zu lassen, und fahren fort:

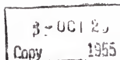
Was will denn die deutsche Jugend?

Sie will leben und arbeiten, sie will lernen und fröhlich sein, sie will die Schönheiten ihrer Heimat kennenlernen und ihrem Volk in rastloser Hingabe dienen. Mit aller Entschlossenheit, mit aller Energie, mit allen ihren Fähigkeiten wird die deutsche Jugend deshalb im Namen Deutschlands, der nationalen Ehre und der nationalen Souveränität, die keinerlei Einmischung von außen zuläßt, an die Verwirklichung des folgenden Programms gehen.

Das Kampfprogramm der deutschen Jugend

Wir fordern die Anerkennung, gesetzliche Verankerung und Realisierung der folgenden unveräußerlichen Rechte der Jugend im Gebiet der Bundesrepublik:

1. Die deutsche Jugend, die in einem neuen Krieg die größten Opfer bringen müßte, hat das **unveräußerliche Recht auf Frieden.** Politiker, die ihr dieses Recht — unter welchem Vorwand auch immer — streitig machen wollen, werden von der deutschen Jugend mit allen Mitteln bekämpft.



Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!

In überaus ernster Stunde appellieren wir, die Studenten der Humboldt-Universität, an Sie, die Teilnehmer der Studententagung in Westberlin. Noch klagen die Trümmer des letzten Krieges, klagen die Kreuze von Millionen von Gräbern die Urheber an. Sie klagen aber auch politische Sorglosigkeit und Blindheit des deutschen Volkes in der Vergangenheit an. Doch schon wieder beginnen Hasardeure mit der unmittelbaren Vorbereitung eines neuen Weltkrieges. Der Generalkriegsvertrag, das Programm Herrn Adenauers, soll die Grundlage für die verruchte »Neuordnung Osteuropas« hitlerischer Prägung geben und die Spaltung unserer Heimat verewigen. Wir aber wollen kein Korea werden. Wir wollen ein einheitliches, freies, souveränes, friedliches Deutschland aufbauen.

Wir wollen keinen Generalkriegsvertrag, sondern einen Friedensvertrag!

Wir Studenten in der Deutschen Demokratischen Republik und dem demokratischen Sektor von Berlin haben alle Unterstützung unserer Regierung, die sich nur denken läßt. Jeder, der fleißig und tüchtig ist, kann studieren; mit einer Einschränkung: Leute, die den Krieg und den Haß gegen andere Völker propagieren, können das bei uns nicht. Annähernd 90% aller Studenten studieren gebührenfrei und erhalten ein ausreichendes Stipendium. Es gibt keinen einzigen Studenten, der sich Sorgen machen müßte, wo er nach absolviertem Studium Arbeit findet. Im Gegenteil, er hat reiche Auswahlmöglichkeiten für Beruf und Arbeitsstelle. Es gibt keinen Professor, der nicht reichlich Forschungsgelder zur Verfügung hat und der nicht persönlich in materiell guten Verhältnissen lebt.

Das Fachstudium in unserer Universität nimmt einen stetigen Aufschwung und findet schon heute bei vielen Fachrichtungen kein ebenbürtiges Beispiel an Erfolgen in der Vergangenheit. Von Jahr zu Jahr verbessern und erweitern sich diese großartigen Perspektiven. Dafür leben, dafür arbeiten wir. Wir wollen den Hörsaal nicht mit dem Luftschutzkeller vertauschen und wollen, daß in ganz Deutschland die Studenten eine große hoffnungsvolle Zukunft haben. Gibt es unter uns, den Studenten ganz Deutschlands, verschiedene Auffassungen? Natürlich, wie sollte es anders sein? Doch über weltanschauliche, religiöse und politische Differenzen hinweg eint uns der Wille zum Frieden und die Tatsache, daß wir Deutsche sind. Sollten Deutsche nicht mit Deutschen reden können? Ist es nicht eine Schande, wenn die Adenauer-Regierung meint, Deutsche könnten wohl mit Amerikanern, aber nicht mit Deutschen in dem anderen Teil unseres gespaltenen Vaterlandes sprechen. Wer nicht verhandeln will, wer nicht reden will, will schießen, will Bruderkrieg. Das deutsche Volk muß und wird diesen Bruderkrieg verhindern.

Ihre Konferenz steht unter dem Motto »Gesamtdeutscher Studententag«

Sie wird aber ohne Vertreter der Studenten im Osten Deutschlands durchgeführt. Die Probleme aber, die uns heute bewegen, bedürfen eines gemeinsamen Handelns der Studenten ganz Deutschlands. Aus fadenscheinigen Gründen hat man Ihnen eine Zusammenarbeit mit Ihren Kommilitonen im Osten unseres Vaterlandes in den Hamburger Beschlüssen verboten. Mit schamlosen Verleumdungen und gemeiner Hetze über das Leben in der Deutschen Demokratischen Republik versucht ein großer Teil der Presse eine Atmosphäre des Bruderhasses heraufzubeschwören. Aber gerade heute ist es mehr denn je notwendig, daß wir die Schranken überwinden und uns im gemeinsamen Handeln zusammenfinden. Der Entwurf zu den Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland in der sowjetischen Note bietet die Gewähr für volle Souveränität des deutschen Volkes. Das deutsche Volk wird und muß diesen Partner für einen Friedensvertrag schaffen. Nicht zuletzt werden daran die Studenten, getreu der Tradition des Wartburg-Festes, einen unschätzbaren Anteil haben.

Beginnen auch wir heute, morgen, hier in Berlin das gemeinsame Gespräch

Wir laden Sie herzlich dazu ein, eingedenk des großen Ernstes der Stunde: Wir alle entscheiden, ob hunderte Millionen von Menschen als Opfer eines 3. Weltkrieges zu beklagen sein, oder ob diese Menschen ein glückliches, friedliches Leben führen werden.

Wir entscheiden, ob die Deutsche Wissenschaft im einheitlichen, friedliebenden Deutschland zu neuen Höhen und großartigen Leistungen zum Wohle der Menschheit gelangen wird.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie von den vielen Gelegenheiten, die sich bieten, ein gemeinsames Gespräch zu führen und die uns alle bewegenden Lebensfragen unseres Volkes zu besprechen, regen Gebrauch machen würden.

Vorstand des Studentenrates der Humboldt-Universität zu Berlin

Alle offenen Fragen können bei gesamtdeutschen Beratungen geklärt werden!

Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl bei der feierlichen Inbetriebnahme des ersten Hochofens des Eisenhütten-Kombinats Ost in Fürstenberg a. d. Oder

Ihr wißt alle, welche großen und bedeutenden Fragen in den letzten Tagen in ganz Deutschland diskutiert werden. Ihr wißt, daß sich in Washington die drei Außenminister der westlichen Besatzungsmächte in Deutschland versammelt haben, um eine Regelung über die Gestaltung des Deutschlandproblems zu treffen, und Ihr wißt und habt es aus meiner Rede in der Volkskammer entnommen, was wir Deutschen von diesem Vorgang in Washington zu halten haben. Es handelt sich nicht darum, daß man die Interessen Deutschlands in Washington behandelte, sondern daß man die kapitalistischen Interessen der großen Magnaten und der Monopolbesitzer, der Imperialisten von Amerika auf deutschem Boden durchsetzen will.

Zu diesem Vorgang können wir in Deutschland nicht schweigen. Ihr alle wißt, daß sich in Deutschland ein Zustand herausgebildet hat, der durch die staatliche Zerreißung und die Bildung der Zonengrenzen die Deutschen immer weiter auseinandergebracht hat, so weit auseinandergebracht hat, daß wir zwar in derselben Sprache sprechen, doch daß es sich manchmal so anhört, als könnten wir einander nicht verstehen.

Nicht die Volksverräter — die Volksvertreter sollen sprechen

Wie ist es möglich, daß sich in der Presse Westdeutschlands ein solches Echo auf meine Rede in der Volkskammer entwickeln konnte, wie wir das gegenwärtig sehen? Wie ist es möglich, daß der klare und eindeutige Appell unserer Volkskammer von gewissen Leuten im Westen Deutschlands nicht verstanden werden will? Ich rede nicht von Herrn Adenauer, der gestern über den Rundfunk Arm in Arm mit seinem Oppositionsfreund Schumacher geredet hat. Wir haben uns in unserem Appell nicht an die Volksverräter von Bonn, sondern an die Volksvertreter von Bonn gewandt. Wir wissen genau, daß wir von Herrn Adenauer die Rettung Deutschlands nicht erwarten können. Wir erwarten das auch nicht mehr, weil er seine ganze Politik eindeutig auf Amerika ausgerichtet hat und weil ihm das Interesse des deutschen Volkes und sein friedlicher Weg dabei vollkommen gleichgültig geworden sind. In seiner Rede, die er schon vorgestern abend halten sollte — im letzten Augenblick wurde sie plötzlich vom Rundfunk zurückgezogen —, stand vorgestern noch ein solcher Satz geschrieben: „Wenn Sowjetrußland Herr der Bundesrepublik wird, dann werden die Vereinigten Staaten mit Waffengewalt eingreifen." Es ist sehr interessant, daß in der Rede, die Adenauer gestern abend über den Rundfunk gehalten hat, dieser Satz herausgestrichen wurde. Entweder versuchte er selbst, sich vor dem deutschen Volk im Westen zu tarnen, oder die Amerikaner haben ihm gesagt: Lieber Freund, so grob darfst du es deinem deutschen Volk nicht sagen, daß wir Krieg führen wollen. Warum, Herr Adenauer, haben Sie diesen Satz aus Ihrer Rede gestrichen? Und ich will Ihnen nun gleich die Antwort geben. Er hat ihn gestrichen, weil er die wahren Kriegsabsichten tarnen und hinter einem Netz von falschen Ausflüchten verstecken will.

Deutsche müssen ihre Interessen selbst wahrnehmen

Gestatten Sie mir nun, daß ich mit einigen Worten auf den Vorschlag eingehe, den unsere Volkskammer gemacht hat, daß ich sogar auf meine eigenen Worte zurückgreife, in denen ich gesagt habe, worauf es in Deutschland ankommt. Herr Adenauer hat in seiner Rede zum Ausdruck gebracht — als habe er etwas ganz besonders Neues entdeckt und erfunden — Grotewohl habe die Absicht, dafür zu sorgen, daß die Bildung des Nordatlantikpaktes aufgehalten und verhindert wird. Darüber kann man wirklich nur lachen. Natürlich ist das unsere Absicht. Darum haben wir uns ja in der Volkskammer zusammengefunden. Natürlich ist es unsere Absicht, daß wir verhindern wollen, daß die deutsche Jugend an fremde Armeen verhökert und verschachert wird. Natürlich ist es unsere Absicht, daß wir die Interessen Deutschlands und der deutschen Menschen an einem Verhandlungstisch regeln wollen und daß wir sie nicht mit amerikanischen Generälen regeln wollen. Man kann nur sagen, daß man vor diesem Scharfsinn des Herrn Adenauer erstaunt steht und kaum noch ein Wort der Erwiderung finden kann.

Parität ist nicht entscheidend

Was haben wir in der Volkskammer gewollt? Unser Vorschlag auf Beratungen zur Einberufung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates ist, wie Sie alle wissen, von der Bonner Regierung und vom Bundestag abgelehnt worden. Dabei wurde damals das Argument gebraucht, man könne sich nicht paritätisch zusammensetzen, weil im Westen Deutschlands zwei Drittel und in der Deutschen Demokratischen Republik ein Drittel der Deutschen wohnen. Wir haben damals gesagt, es kommt für uns nicht auf die Zahl an, sondern es kommt darauf an, daß man sich verständigt. Eine Verständigung ist nötig auf einer paritätischen Grundlage, damit der eine den andern nicht überstimmt. Da man aber im Westen Deutschlands diese Tatsache zum Anlaß nahm, zu sagen, man könne sich aus diesen Gründen nicht zu gemeinsamen Verhandlungen zusammenfinden, habe ich in der Volkskammer den Satz gesprochen: Die Zahl der Verhandlungsteilnehmer ist bei solchen Beratungen nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Wir sind auch bereit, mit weniger Verhandlungsteilnehmern an den Tisch zu gehen, denn wir wissen genau, daß hinter unseren Überlegungen und hinter unseren Gründen, die wir in einer solchen Beratung vorzutragen haben, die lebendigen und wahren Interessen unseres Volkes stehen, die von einer so großen Durchschlagskraft sind, daß wir nicht mit einer Stimmenzahl zu versuchen brauchen, die Dinge des deutschen Volkes zu regeln. Wir wollten mit diesem Vorschlag und mit diesem Ausspruch unseren Landsleuten im Westen sagen, wie ernst wir es meinen, wenn wir gemeinsam an einen Verhandlungstisch gehen wollten. Wir haben in unseren Beschlüssen der Volkskammer gesagt, daß wir, von diesen Bemühungen und Überlegungen ausgehend, bereit sind, nachdem der Konstituierende Rat abgelehnt wurde, auf einer anderen Basis mit unseren Landsleuten im Westen zu verhandeln. Und diese andere Basis soll eine gesamtdeutsche Beratung der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands sein, die einberufen werden soll zur

Regelung von zwei Fragen:

1. Über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschland und

2. über die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Ich denke, diese beiden Fragen sind so einfach und so überzeugend für jeden deutschen Menschen, daß es einer Auseinandersetzung, wie sie gegenwärtig von der Westpresse versucht wird, wirklich nicht bedarf.

Wo die Reise hingehen soll bei der Politik, die im Westen Deutschlands betrieben wird, das zeigt uns ein einziger Blick in die Zeitungen dieser Tage. Hier zeige ich Ihnen eine westliche Zeitung. Oben steht — das war das Echo auf die Volkskammertagung — ganz dick gedruckt: „Der einzige Weg zum Frieden — Aufrüstung großen Stiles." Nun frage ich Sie: Der einzige Weg zum Frieden ist die Aufrüstung? Ist das wirklich wahr? Entspricht das wirklich den Interessen des deutschen Volkes? Was bedeutet für uns Aufrüstung? Aufrüstung bedeutet Krieg, denn die Kanonen gehen, wenn sie stehen, einmal los. Und dann zahlen wir erneut die Rechnung.

Aufrüstung bedeutet immer Krieg

Was aber diese Aufrüstung sofort bedeutet, das zeigt uns ein Blick in den westlichen Blätterwald in diesen Tagen. Wenn Sie eine andere Zeitung von demselben Tag nehmen, die „Welt", die Tageszeitung der britischen Besatzungsmacht, da steht ganz dick: „Bahn und Post vom 1. Oktober teurer." Und jetzt nehme ich eine dritte Zeitung von demselben Tage. Da steht, daß gegenwärtig in Bonn eine neue Steuer vorbereitet wird, in der 30 Warengruppen mit neuen Steuern belegt werden sollen. Also: Aufrüstung bedeutet Verschlechterung der Lebenshaltung, bedeutet Verteuerung der Lebenshaltung und bedeutet am

„Ost-Erfahrungen“

von Gerhart Eisler

Der amerikanische Oberkommissar McCloy, der mit einer Tasche voll gefährlicher Aufträge vor kurzer Zeit aus Washington nach Deutschland zurückkehrte, erklärte am 16. Juli vor tausend amerikanischen Offizieren in Frankfurt/Main, daß mit der Aufstellung einer westdeutschen Armee keine Zeit mehr verloren werden dürfe. Er sagte den Offizieren als Richtlinie für ihre Tätigkeit: **„Was wir tun können, sollten wir jetzt tun und nicht später."**

Zugleich teilte McCloy mit, daß Washington jetzt bereit sei, alle „französischen und innerdeutschen Widerstände gegen die Aufstellung einer westdeutschen Armee zu b r e c h e n."

Die Bonner Regierung, deren Frechheit mit ihrer Gemeingefährlichkeit wächst, ließ durch die Korrespondenz „Deutschland-Uniondienst" folgende Mitteilung veröffentlichen:

„Die militär-technischen Berater der Bundesrepublik wußten — n i c h t z u l e t z t a u s e i n e r r e i c h e n p r a k t i s c h e n E r f a h r u n g m i t d e m m ö g l i c h e n G e g n e r v o n m o r g e n — beachtliche Beiträge zu leisten, die ihren Eindruck auf die alliierten Vertreter nicht verfehlten."

Es bedarf keiner großen Phantasie, um sich vorzustellen, wie es bei den Verhandlungen der Bonner Gangster mit den amerikanischen Gangstern zuging, in denen die Bonner Gangster aus dem Schatz ihrer „reichen praktischen Erfahrungen mit dem möglichen Gegner von morgen" berichteten.

Wir haben die Erfahrung, wie man die Sowjetunion eines Tages heimtückisch überfällt, — sagten die Bonner Remilitaristen. Ausgezeichnet — antworteten die amerikanischen Herren — das ist genau das, worauf wir hinarbeiten und wofür wir Sie brauchen.

Wir haben reiche Erfahrungen, wie man Zehntausende Städte, Dörfer, Fabriken, Kohlengruben zerstört, — sagten die Bonner Remilitaristen. Ausgezeichnet, das ist das, was wir planen, und dazu brauchen wir Sie, — antworteten die amerikanischen Herren.

Wir haben reiche Erfahrungen, wie man dem patriotischen Widerstand der Völker begegnet und Millionen Zivilisten, Männer, Frauen, Kinder tötet. Wir haben Vergasungslager, Todeslager, Vernichtungslager, Torturen erfunden, wie sie vor uns noch nicht da waren, — sagten die Bonner Remilitaristen. Ausgezeichnet, antworteten die amerikanischen Herren, darin haben wir zwar auch Erfahrungen gesammelt, besonders in Korea, aber das ist genau das, was wir planen, und dazu brauchen wir Sie.

Wir haben reiche Erfahrungen, wie man erst andere Länder unterwirft, um sich näher an die Grenzen der Sowjetunion heranzuarbeiten, Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn usw., — sagten die Bonner Remilitaristen. Ausgezeichnet, das ist genau unser Plan im Kriegsaufmarsch gegen die Sowjetunion, und dazu brauchen wir Sie, — antworteten die amerikanischen Herren.

Wir haben reiche Erfahrungen, wie man Westeuropa unterwirft, Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, Dänemark usw., um die Industrien dieser Länder in einen solchen Ostkrieg einzuspannen und die Massen dieser Länder als Zwangsarbeiter zu verwenden, — sagten die Bonner Remilitaristen. Ausgezeichnet, antworteten die amerikanischen Herren, das ist genau unser Plan, und auch dazu brauchen wir Sie mit Ihren reichen Erfahrungen.

Wir kennen keine Gnade für die Kultur und keinen Respekt vor ihr, — sagten die Bonner Remilitaristen. Ausgezeichnet, das ist genau unser Plan, und dazu brauchen wir Sie, — antworteten die amerikanischen Herren.

Wir haben die reichsten Erfahrungen in wilder Kriegshetze, in der Verleumdung der Völker, in der antibolschewistischen Propaganda, in der Propaganda gegen jedes beliebige Volk und auch darin, dem eigenen Volk Aufsässigkeit auszutreiben, — sagten die Bonner Remilitaristen. Ausgezeichnet, das ist auch unser Plan, und dazu brauchen wir Sie, denn Sie müssen uns helfen, solche Zustände in ganz Deutschland einzuführen, daß keiner gegen die Vorbereitung des Krieges und den Krieg aufzubegehren wagt, — antworteten die amerikanischen Herren.

Und immer begeisterter wurden die Bonner Remilitaristen, wenn sie von ihren Schandtaten erzählten. Und immer begeisterter wurden die amerikanischen Herren, als sie sich ausmalten, daß sie, gestützt auf die deutschen Remilitaristen, die deutschen Faschisten, die deutschen Gangster, einen solchen Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion und alle „aufsässigen" Völker vorbereiten und durchführen würden. Und besonders gefiel den amerikanischen Herren, als ihnen die Bonner Remilitaristen ihre Pläne darlegten, wie sie in die Deutsche Demokratische Republik einfallen, und somit die Kriegsfackel



Das Verbrechen von Homburg

Adenauer:

„Solange ich Bundeskanzler bin, können Sie, Herr General, beruhigt sein. Was ich Mr. Mc Cloy versichert habe, will ich hier unterstreichen: Wir werden unseren Beitrag leisten;

es wird aufgerüstet!

Gegen jeden Versuch, diese Politik zu durchkreuzen, werde ich aufs schärfste vorgehen lassen. Gegenwärtig finden schon Beratungen über die Möglichkeit der Aufhebung des Paragraphen 4 des Grundgesetzes statt, der die Verweigerung des Militärdienstes erlaubt."

Keine Minute ist zu verlieren!

Zum Verbrechen von Homburg

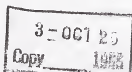
Adenauer hat bekanntlich Verhandlungen mit Vertretern Ostdeutschlands abgelehnt. Begründet hat er diese Ablehnung damit, die in der Deutschen Demokratischen Republik maßgebenden politischen Auffassungen teile er nicht.

Adenauer hat dagegen nicht abgelehnt, in Homburg mit dem amerikanischen General Eisenhower über die Einverleibung Westdeutschlands — seiner Menschen und seiner Wirtschaft — in das amerikanische Kriegspotential zu verhandeln. Die amerikanischen Kriegspläne in Westdeutschland entsprechen also voll und ganz seinen eigenen Auffassungen. Es verdient bei dieser Gelegenheit ausdrücklich festgehalten zu werden, daß auch O l l e n h a u e r — neben den Nazigeneralen Speidel und Heusinger — als Vertreter der SPD an diesen Verhandlungen mit Eisenhower teilgenommen hat. Die sozialdemokratischen Anhänger sollten sich diese Tatsache sehr genau merken.

Wenn ein Tatbestand heute eindeutig klar ist, dann ist es der, daß die westdeutsche Bevölkerung die Remilitarisierung Westdeutschlands entschieden und geschlossen ablehnt.

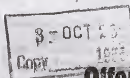
Die westdeutsche Bevölkerung hat an e i n e m Stalingrad genug. Sie wünscht keinen zweiten Krieg gegen die Sowjetunion. Wenn Adenauer trotzdem entschlossen ist, dem Wunsch der amerikanischen Generale folgend, die westdeutsche Jugend erneut in die Uniform zu pressen, so steht er mit dieser Politik g e g e n d a s g e s a m t e d e u t s c h e V o l k.

#160



Die Krise in der Sozialdemokratie

12



5.

#161

Offener Brief

von 121 westdeutschen Gewerkschaftern an alle Mitglieder des DGB

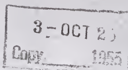
Kolleginnen und Kollegen!

Wir unterzeichneten Gewerkschafter wenden uns in großer Sorge um die Existenz der Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes mit diesem Brief an unsere Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Kolleginnen und Kollegen! In dem Statut unserer Gewerkschaft wurde in Paragraph 2, Absatz r und f, festgelegt: „Bekämpfung von nationalistischen und militaristischen Einflüssen", „Pflege des Geistes friedlicher Völkerverständigung".

Gemäß dieser Verpflichtung ist es unsere Aufgabe, gegen die von der Adenauer-Regierung betriebene Wiederaufrüstung und ihre Folgen zu kämpfen. Jeder von uns empfindet, daß sich unser Volk in einer ernsten Lage befindet. Noch vor Jahresende soll eine westdeutsche Armee aufgestellt werden. Unsere Jugend will man in Uniformen stecken und für die Interessen des deutschen und amerikanischen Rüstungskapitals in ein neues Blutbad jagen. Die westdeutsche Wirtschaft wird beschleunigt auf Kriegsproduktion umgestellt, die Kohle und der

3



Beispiellose Freundschaftsbeweise der Sowjetregierung

Entwurf eines Gesetzes für die Durchführung Gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung

Wem dient Bürgermeister Reuters Politik?

7

Der Helfer

Materialien des Hauptausschusses für Volksbefragung

Nr. 1 (Als Manuskript gedruckt)

Hinweise

für die Bildung und Arbeit der

Volksbefragungsausschüsse


X-DD 261.4.29 #166
ANGEBOT
DER VOLKS-
KAMMER
AN DEN
BUNDESTAG

ENTSCHLIESSUNG

DES ERSTEN KONGRESSES

DER DEUTSCHEN KÄMPFER

FÜR DEN FRIEDEN

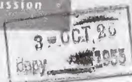
Das Deutsche Handwerk kämpft für den Frieden und ein einheitliches Deutschland

Frage und Antwort

Aus dem Inhalt:

- Was sagt das deutsche Volk zur Antwort Adenauers!
- Welche Vorschläge richtete die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bonner Bundestag!
- Was ist jetzt zu tun!

Argumente für die tägliche Diskussion



Wie kann die Einheit Deutschlands verwirklicht werden?

Frage:

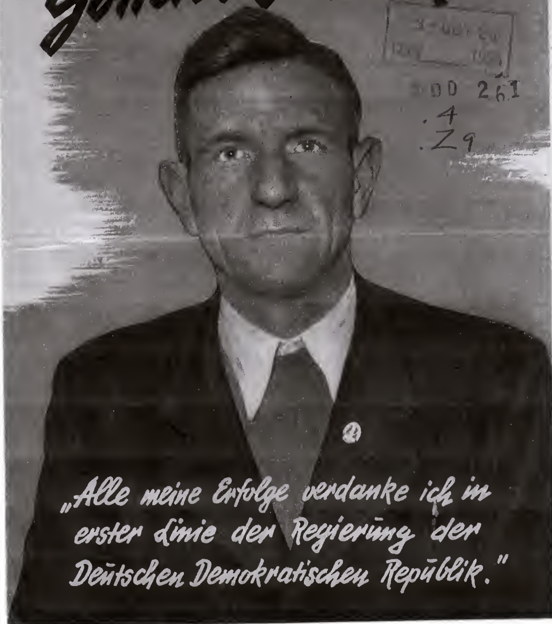
Welche Stellung bezog die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nach der Ablehnung der Verständigung durch Adenauer?

Antwort:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik **ist der Meinung**, daß die Ablehnung gemeinsamer Besprechungen zur Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates nicht dem Willen des deutschen Volkes entspricht. Aus diesem Grunde betonte Ministerpräsident Otto Grotewohl in seiner Regierungserklärung am 30. Januar 1951 mit vollem Recht:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und der Abzug der Besatzungstruppen vor allem auch von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig ist. Die Regierung der Deutschen Demokratischen

Meisterbauer Gottlieb Schimke



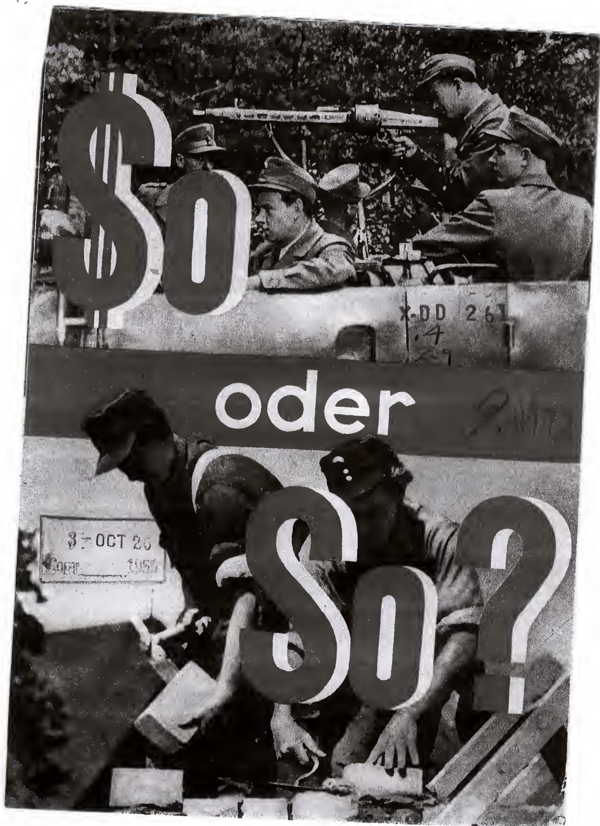
Deutsche an einen Tisch!

Von **Walter Ulbricht**

Stellvertretender Ministerpräsident der
Deutschen Demokratischen Republik

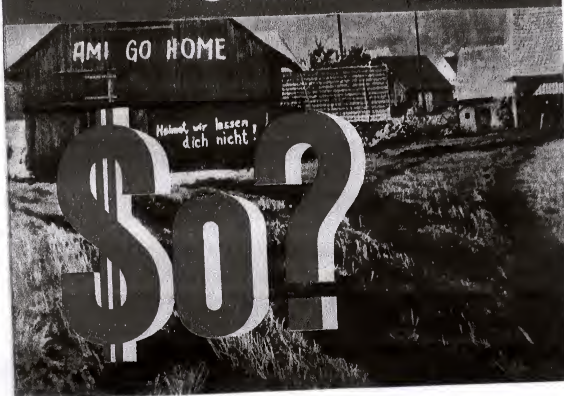
Incl #1

Incl #1


$o
oder
So?


3 - OCT
Copy 195
#173
So

oder


AMI GO HOME
Heimat, wir lassen dich nicht!
$o?



GEORGE F. ALEXAN

Zwei Wasserwege – Zwei Welten

Die amerikanische Presse brachte in der letzten Zeit eine Reihe von Artikeln, die für den Bau des Wasserweges vom St.-Lorenz-Strom Propaganda machten. Um das Aufsehen zu verstehen, das diese Artikel in der amerikanischen Öffentlichkeit erregten, muß man die Vorgeschichte kennen. Das Projekt besteht, kurz gesagt, darin: die fünf großen zwischen den USA und Kanada gelegenen Seen, die durch Flüsse miteinander und durch den St.-Lorenz-Strom mit dem Atlantischen Ozean verbunden sind, zu einem riesigen Binnenwasserweg auszubauen, um die Industriezentren Chikago, Detroit, Cleveland usw. als Seehafenstädte an das transozeanische Verkehrsnetz anzuschließen. Das vorliegende Projekt sieht den Bau eines hydraulischen Kraftwerkes vor, das fünfzig Millionen Menschen in den USA mit beträchtlich verbilligtem Strom beliefern und neue Felder friedlicher Arbeit erschließen könnte. Für die kleinen Farmer in den riesig ausgedehnten nordöstlichen Gebieten könnte es billigere landwirtschaftliche Maschinen und rationellere elektrische Anlagen bedeuten. Viele hunderttausend Arbeitslose und Kurzarbeiter könnten durch das Projekt und durch ähnliche großangelegte öffentliche Bauvorhaben in den produktiven Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. Alle Präsidenten seit der Jahrhundertwende, seit McKinley und Theodore Roosevelt, haben sich feierlich für das Kanalprojekt ausgesprochen — wenigstens hat jeder es in offiziellen Reden beteuert. „Ich kenne kein Projekt dieser Art, das wichtiger für die friedliche Zukunft des Landes wäre, als das des St.-Lorenz-Stromes. Ich hoffe, daß die Erlaubnis zum Bau nicht hinausgezögert wird", sagte Präsident F. D. Roosevelt in der Sonderbotschaft an den Kongreß am 5. Juni 1941. Inzwischen sind weitere 10 Jahre vergangen. Selbst Herr Truman konnte nicht umhin, in seiner großen Eröffnungsrede vor dem Kongreß zu erklären: „Da ist noch eine Sache, die uns alle brennend interessiert: ich meine die gesetzgeberischen Maßnahmen bezüglich der Genehmigung des Projektes des St.-Lorenz-Wasserweges." Während der Wahlkampagne sprach Truman sogar davon, daß „die Vorteile dieses großen öffentlichen Bauprogramms nicht auf wenige Begünstigte beschränkt bleiben sollen". Wer sind diese „wenigen Begünstigten", die nach Trumans demagogischen Redensarten gegen den Willen des amerikanischen und kanadischen Volkes ein Projekt sabotierten, das für die Volkswirtschaft beider Län-

Gean

ANKLAGE

gegen

ADENAUER

Junge Deutsche hinter Zuchthausmauern! #176

Helft den jungen Patrioten, die unsere Brücken vor der Vernichtung bewahren wollten

Insgesamt 6 Jahre „Gefängnis“ erhielten 4 junge Deutsche von einem amerikanischen Militärgericht in Kassel, weil sie die Sprengkammern in der Eisenbahnbrücke über die Fulda bei Kassel-Waldau wieder zugemauert haben.

Mit dem Urteil verbunden war die ausdrückliche richterliche Verfügung, daß die vier Jugendlichen ihre Kerkerhaft im

Kriegsverbrecher-Zuchthaus Landsberg

verbüßen sollen. In diesem Zuchthaus saßen bis zum Sommer dieses Jahres Kriegsverbrecher, die neben der Ermordung von Millionen Menschen, weite Teile Europas zu verbrannter Erde gemacht hatten, wozu auch das Sprengen von Brücken gehört.

Die Wiederholung solcher Verbrechen auf deutschem Boden wollten die vier jungen Deutschen durch ihre mutige Tat verhindern. Diese vier jungen Patrioten, die selbstlos den Kampf gegen die Zerstörung unserer deutschen Heimat aufgenommen haben, verdienen die Liebe und Achtung aller anständigen Deutschen.

Das Recht ist auf Seite der Verurteilten!

Im Kriegsverbrecherprozeß in Nürnberg war es gerade der amerikanische Ankläger, der dem deutschen Volke den Vorwurf machte, daß es sich nicht genügend gegen die Kriegsvorbereitungen auf deutschem Boden zur Wehr gesetzt habe.

Das Urteil steht im Gegensatz zu den eigenen Gesetzen der Besatzungsmächte, die den Deutschen ausdrücklich jede Beteiligung an Kriegsvorbereitungen verbieten und diese unter schwere Strafe stellen.

Es wäre eine törichte und irrige Annahme zu glauben, daß Heimatliebe, echte Vaterlandsliebe, durch Gefängnisstrafen unterdrückt werden kann.

Wer den Weg frei machen will zur Verwandlung unserer Heimat in ein Schlachtfeld, auf dem unsere Jugend als Söldner ausländischer Mächte in die Massengräber sinken soll, wird auf den wachsenden Widerstand unserer Jugend und ihrer Eltern stoßen.

Widerstandslose Hinnahme dieses Urteils durch die Deutschen würde bedeuten:

Selbstaufgabe aller demokratischen Rechte,
endgültiger Verzicht der Deutschen auf das Recht der Selbstbestimmung,
freie Hand für fremde Generale zur Zerstörung unserer Heimat.

Wann wird Dr. Adenauer antworten?

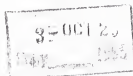
Von Otto Grotewohl,
Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik

Täglich und stündlich häufen sich in meinem Büro die Briefe, Telegramme, Resolutionen und Zustimmungserklärungen zu dem von mir an den Bundeskanzler Dr. Adenauer am 30. November 1950 gerichteten Brief. In diesem Brief wurde Herrn Adenauer der Vorschlag gemacht, gemeinsame Verhandlungen zwischen sechs Vertretern des westdeutschen Bundesstaates und sechs Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik zur Besprechung gesamtdeutscher Fragen und zur Bildung eines Konstituierenden Rates herbeizuführen.

Der Brief wurde in weiten Kreisen Deutschlands und auch im Ausland als das aufgenommen, was er ist: ein ehrlicher Versuch zur Herbeiführung eines Gespräches zwischen Deutschen über deutsche Fragen und über die Erhaltung des Friedens. Aus allen Zusendungen ersehe ich, daß man in ganz Deutschland dieses Motiv richtig erkennt und einschätzt. Tausende und aber Tausende von Organisationen, Vereinigungen, Wirtschaftsgruppen und Einzelpersonen haben in den vergangenen Wochen zum Ausdruck gebracht, daß der Vorschlag in allen seinen Punkten den Empfindungen und der Friedenssehnsucht unseres Volkes entspricht.

Viele Menschen glaubten, der Vorschlag werde dazu führen, daß schon zu Weihnachten, diesem Fest des Friedens und der Besinnung, die Umrisse einer beiderseitigen Verständigung sichtbar werden würden. Das ist nicht der Fall. Die Millionen Menschen, die diese Hoffnung hatten, werden enttäuscht sein. Aber zur Enttäuschung besteht schon deshalb kein Grund, weil der Vorschlag — wie sich zeigte und wie nicht anders zu erwarten war — so sehr dem Wunsch und Willen unseres Volkes entspricht, daß seine wachsende Wirkung gesichert ist.

In den Wochen seit der Überreichung des Briefes an Herrn Dr. Adenauer wurde ich von vielen Zeitungen und Nachrichtenagenturen des In- und Auslandes um Interviews gebeten. Ich habe diese Wünsche bis auf den heutigen Tag abgelehnt, um zunächst Herrn Dr. Adenauer Gelegenheit zu geben, das Wort zu ergreifen, zumal mir bekannt ist, daß auch das Bundeskanzleramt mit Briefen und Mahnungen überschüttet wird, in denen die westdeutsche Bevölkerung die Aufnahme von Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wünscht



Nur die deutsche Verständigung sichert den Frieden!

Von Franz Dahlem

Seit der Prager Erklärung der Außenminister der Sowjetunion, der Volksdemokratien und der Deutschen Demokratischen Republik, und insbesondere seit dem Brief des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Bundeskanzler Dr. Adenauer, geht eine tiefe Diskussion durch alle Schichten des deutschen Volkes. Auch in Westdeutschland, wo alle, die ein Gewissen und ein Verantwortungsgefühl besitzen, sich bewußt werden, daß jetzt eine große Verantwortung vor jedem Deutschen steht.

Ohne Deutsche als Kanonenfutter, ohne das Potential des Ruhrgebiets, ohne Westdeutschland als Operationsbasis — das ist ersichtlich — kann kein Krieg in Europa riskiert werden. In dem Moment, in dem verantwortliche Männer aus Ost- und Westdeutschland, Staatsmänner, Parlamentarier, Vertreter der Parteien und Massenorganisationen, nicht zuletzt die Presse, sich hinter die gemeinsamen Besprechungen und Abmachungen beider Regierungen stellen, „Nein!" zu den Forderungen auf Remilitarisierung und „Ja!" zu friedlichen Verhandlungen für die Herstellung der deutschen Einheit sagen würden, wäre es aus mit den Plänen auf Ausspielung und Ausnutzen der Deutschen für die imperialistischen Weltherrschaftspläne der USA.

Die Position Deutschlands gegenüber den Forderungen der Westmächte kann also sehr stark sein; sie wird es in dem Maße werden, wenn neben den Kräften der Deutschen Demokratischen Republik kühne Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes in Westdeutschland sich an die Spitze der Volksbewegung für die Rettung des Friedens und gegen das Hineinzwingen in einen vernichtenden Krieg stellen.

* * *

Aus der in Westdeutschland in Gang befindlichen Diskussion wollen wir einige zutage getretene Auffassungen herausgreifen, wie sie uns aus Zuschriften und Berichten zur Kenntnis kamen, mit deren Trägern man sich auseinandersetzen muß.

Die Aufgaben des nationalen Widerstandes

Auszug aus der Rede des Präsidenten Wilhelm Pieck auf der Tagung des 1. Deutschen Nationalkongresses

*

J.

Frieden, Einheit, Wohlstand, Ziele der technischen Intelligenz!

Incl #4

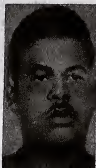
Alle Städte zerstören...
Ungezählte Zivilisten töten...

DAS LASSEN WIR
NIE WIEDER ZU

TASS-Erklärung

zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands

John C. Taylor



Francis D. Grayson



Joe H. Hampton



Willie McGee



#183

X-DD 261 .4 Z9

3 = OCT 25
Copy 1955

HARRY GREGORY

Die Neger in USA kämpfen für Frieden und Freiheit

Die Hinrichtung der sieben Neger von Martinsville hat in der ganzen zivilisierten Welt Empörung hervorgerufen. Die heutigen Machthaber in den Vereinigten Staaten haben sich verrechnet, wenn sie dachten, die Menschheit durch ihre in Korea verübten Massenmorde so abgestumpft zu haben, daß sie dieses neue Kapitalverbrechen ohne großen Widerspruch hinnehmen würde. Der Lynchmord an sieben unschuldigen Jungen hat die Welt daran erinnert, daß die Geschichte der Neger in den Vereinigten Staaten mit Blut und Tränen geschrieben ist, seit dem Tage, da die erste Ladung „schwarzes Elfenbein" in Jamestown ausgeschifft wurde.

Das geschah im Jahre 1619 im Staate Virginia.

Charakteristisch für die Behandlung der Neger zu jener Zeit ist die Geschichte von dem davongelaufenen Sklaven Tony, der nach fünf Tagen halb verhungert eingefangen und mit 50 Peitschenhieben bestraft wurde. „Er weigerte sich starrköpfig, weiter Sklavenarbeit zu tun", heißt es im Gerichtsprotokoll. Darauf goß der Plantagenbesitzer einen Kübel heißes Fett über seinen wunden Körper.

Das geschah im Jahre 1656 im Staate Virginia.

Noch im 19. Jahrhundert zitiert der englische Schriftsteller Dickens in seinem Reisebericht aus Amerika ein Inserat aus Jamestown: „Negerin entlaufen! Einige Tage, bevor sie davonlief, brannte ich ihr mit einem heißen Eisen den Buchstaben M auf ihre linke Wange." Für die Auffindung dieser Negerin wurde eine Prämie von 50 Dollar ausgesetzt. Für einen entlaufenen Neger namens John wurden in derselben Anzeige nur 25 Dollar versprochen, offenbar, weil die abgeschnittene Spitze seiner Nase, was als „besonderes Kennzeichen" angeführt wurde, seinen Kaufwert herabgesetzt hatte.

Das geschah im Jahre 1842 im Staate Virginia.

Auch im 20. Jahrhundert hat sich die Lage der Neger in den Südstaaten grundsätzlich wenig geändert. Das beweisen die zahlreichen Lynchmorde, die besonders seit dem Fall von Scottsboro erschreckend zu-



Jennie Taylor, die 60jährige Mutter eines der Opfer von Martinsville, erhält die Nachricht von der Hinrichtung ihres Sohnes. Eine Nachbarin versucht ihr Trost zuzusprechen

Encl #4.



Ruf
an die Jugend
Berlins!

Sonderdruck aus USA in Wort und Bild Nr. 15

ROBERT PETERS

Erlebnis am Rhein

So möchten wir den Brief überschreiben, den wir vor einigen Tagen aus Köln am Rhein erhielten. „Ich bin Ihnen dankbar", schreibt der Absender, „für die Übersendung Ihres Materials und der Broschüren. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer vom 15. September hat auf mich starken Eindruck gemacht. Je mehr ich mich in den Inhalt vertiefe, desto mehr werde ich von der Richtigkeit der Argumente überzeugt. Es ist wahr, der Weg, der hier aufgezeigt wird, ist tatsächlich der einzige Weg zur Einigung des deutschen Volkes und zum Frieden. Als ich den Abschnitt mit der Überschrift ‚Adenauer ruft Krieg' las, würde mir erst richtig klar, welch eine verräterische Rolle dieser Mann heute in der deutschen Politik spielt. Aber im Grunde ist er immer derselbe geblieben. Wir Älteren im Rheinland erinnern uns noch gut an die schändliche Rolle, die Adenauer nach dem ersten Weltkrieg bei uns in der Separatistenbewegung spielte. Von einem solchen





Zerbrochen ist, o Kapitän, dein Steuer.
Mit neununddreißig Knoten
Fährst du ins Reich der Toten.
(Nach Walt Whitman)

Mann kann man nicht erwarten, daß er der stürmischen Forderung des deutschen Volkes nach Wiederherstellung der nationalen Einheit Verständnis entgegenbringt. Adenauer ist nicht zufällig mit dem amerikanischen Hohen Kommissar John McCloy verschwägert. Und Mister McCloy, der New-Yorker Bankier, ist nicht zufällig mit einem Teilhaber der Morgan-Bank verschwägert. Die tieferen Zusammenhänge dieser Tatsachen, die ich in einem Ihrer Hefte fand, wurden mir durch ein eigenes Erlebnis bewußt. Auf einer Geschäftsreise — ich bin Vertreter in Stahlwaren — kam ich vorige Woche in die Stadt Gladbach. Ich fand dort, wo noch im vorigen Jahr die Ruine der großen Maschinenfabrik gestanden hatte, einen ganz modern gebauten Neubau vor. Am Abend kam ich zufällig in einem Restaurant mit einem Ingenieur dieser Maschinen-AG ins Gespräch. Ich erfuhr, daß das Werk jetzt mit völlig neuen Maschinen und einer Kapazität weit über dem Vorkriegsstand arbeitet, natürlich nichts als Kriegsaufträge. Im Verlauf

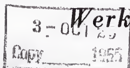
Der Weg zu Elend und Krieg
10,7 Milliarden DM jährliche Besatzungskosten. 350 Millionen DM für „Grenzschutz" und „Bereitschaftspolizei", X-Millionen DM für geplante „Kampftruppen" und „zusätzliche" Besatzungstruppen

#186

Sonderdruck aus USA in Wort und Bild Nr. 15

WILLIAM FISHER

14, X-DD 261



Werkstätten der Zukunft

Der erste vollautomatische Betrieb hat vor einigen Monaten in Moskau die Fabrikation von Kolben für die Motoren der Lastwagen ZIS-150 aufgenommen. In einer mittelgroßen Fabrikhalle sind die verschiedenartigsten Maschinen in Hufeisenform als eine Fließstrecke angeordnet. Die ganze Reihe hat eine Länge von ungefähr 50 Meter. Auf der einen Seite werden die rohen Aluminiumbarren eingeführt und auf der anderen Seite die fertigen Kolben, sortiert und zu je sechs Stück in Kartons verpackt, weggeführt. Diese automatische Werkstätte ist ein Vorbild für die zukünftige Entwicklung der sowjetischen Industrie. Sie zeigt die Perspektive der Arbeit im Kommunismus. Die gewaltigen Bauten an der Wolga, am Dnepr und am Amu-Darja werden fast ohne Anwendung menschlicher Kraft ausgeführt. Alle Arbeiten, die früher von Hand gemacht wurden (schaufeln, pickeln, auf- und abladen), werden von Maschinen verrichtet. Das sind riesige Maschinen, von denen jede Tausende von Arbeitern ersetzt, wie zum Beispiel jener „Schwebende Bagger", dessen Schürfkübel 15 Kubikmeter Erde faßt.

Nur dadurch, daß die Sowjetunion die modernste Technik in den Dienst der Produktion stellte, war es ihr möglich, die gewaltigen Kriegsschäden in so kurzer Zeit zu beheben. Nur durch den ständigen Ausbau der technischen Errungenschaften und durch die Verbesserung der Maschinen können immer größere Mengen von Konsumgütern hergestellt werden. Dadurch wird der Lebensstandard der Werktätigen in steigendem Maße gehoben.

„Warum wurde gerade die Produktion von Automobilkolben für diese Musteranlage gewählt?" fragte Joe Melvin. Er war der Leiter unserer Gruppe von amerikanischen Gewerkschaftern, die sich auf einer Studienreise durch die Sowjetunion befanden. „Um recht viele Erfahrungen zu sammeln", erklärte der Werkmeister. „Die Herstellung von Automobilkolben bietet weitaus mehr technische Schwierigkeiten, als man gewöhnlich annimmt. Sie stellt Probleme der Chemie, der Elektrotechnik, der Mechanik und der Wärmetechnik. Zwei Jahre lang arbeitete ein Kollektiv von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Fach-



„Wir sind mächtig beeindruckt von dem, was wir sahen und werden zu Hause viel zu berichten haben", erklärten die amerikanischen Gewerkschafter nach einer Studienreise durch die Sowjetunion sowjetischen Arbeitern, die sie zum Bahnhof geleiteten

4

A.

#187

An alle Mütter Berlins!

Welches Mutterherz krampft sich nicht vor Schmerz und Mitgefühl angesichts dieses grauenhaften Bilddokuments zusammen? Die Opfer, Schmerzen und Ängste koreanischer Mütter sind dieselben, die deutsche Mütter im letzten Weltkrieg erlitten haben. Es sind die gleichen Bomber, die dieses schreckliche Vernichtungswerk anrichten — amerikanische Bomber.



Und dieser Krieg in Korea kann morgen schon zum Weltbrand werden. Gibt es nicht bei uns in Berlin bedrohliche Anzeichen dafür?

Wir fragen:

Was soll die Verstärkung der USA-Garnisonen in Westberlin bedeuten?

Was ist mit den täglich auf dem Tempelhofer Flugplatz eintreffenden Munitionsladungen beabsichtigt?

Was soll die Lagerung von Sprengstoffen in den Bunkern Westberlins?

Wofür das alles?

Incl #21

#188 X-DD 261

BEATRICE JOHNSON

Ich bin ein Emigrant aus USA



Meine liebe Josie!

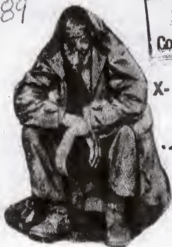
Wenn Du älter sein wirst, wirst Du besser verstehen, weshalb die USA-Regierung Deine Mutter nicht hier haben will und warum wir Amerika, Dein Geburtsland und meine Heimat seit meiner Kindheit, verlassen müssen.

Es gibt aber einige Dinge, die ich Dir jetzt, am Vorabend unserer Abreise aus unserem teuren Heimatland, erklären will. Ja, mein Liebling, Du bist die Tochter einer Kommunistin. Ein Kommunist liebt sein Vaterland und das Volk, das darin wohnt; deshalb widmet er sein Leben dem Kampf gegen Betrug, gegen Diskriminierung, für eine bessere Welt für die Kinder der Armen. Für eine solche Welt, in der alles — Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erziehung und alle schönen Dinge, die die Menschen lieben — allen Werktätigen teilhaftig wird. Eine Welt, in der der Reiche und Mächtige nicht die Möglichkeit haben wird, den Armen zu berauben. Das ist es, wofür Deine Mutter ihr Leben lang gearbeitet hat. Das ist es, weshalb die Reichen und Mächtigen mich nicht im Lande haben wollen. Darum haben sie sich so angestrengt und es jetzt vorläufig erreicht, daß man uns vertreibt und mich von meiner Arbeit, meiner Familie, meiner Heimat löst.

Sie sagen, ich hätte unserem Lande gegenüber nicht loyal gehandelt. Das ist eine Lüge — bewahre das stets im Gedächtnis. Amerika ist mein Vaterland, und ich liebe es in einer Weise, die die Profitgierigen nicht verstehen können. Ein Land ist nicht wirklich Dein eigenes, nur weil Du zufällig dort geboren wurdest. Die Reichen, die das Volk ausbeuten und berauben, nennen sich auch Amerikaner. Wie können sie dieses Land und das Volk, das es bewohnt, lieben, wenn sie es in einem Kriege zu zerstören trachten, wenn sie die Menschen quälen und einkerkern und sie ihrer Freiheit berauben? Ein Land, mein Kind, ist wirklich Dein



Incl #6





J. MICHEL

Brief einer amerikanischen Mutter an ihren Sohn in Korea

... aber daß du fort mußt, Jonny,
hätt' ich niemals nicht gedacht,
~~*als ich in der Hinterstube*~~
dich — so klein! — zur Welt gebracht!
Dachte mir, du gingest, Jonny,
später einmal in die Stadt,
oder äßest dich zur Not
als ein Fabrikarbeiter satt.

Aber daß du fort gehst, Jonny,
übers Meer, die blanke See,
zu den Koreanern, Jonny,
... und ich stehe so am Quai...
Sag, wo liegt denn das ... Korea?
Weiß es einfach nicht genau.
Bin nicht so gebildet, Jonny,
wie des Präsidenten Frau.

Doch das eine weiß ich sicher:
der, auf den du einmal schießt,
ist 'ner Mutter Sohn, mein Junge,
so wie du mein Junge bist!
Und den willst du treffen, Jonny?
Bruder schießt auf Bruder scharf?
Und du prüfst nicht, ob das recht ist,
und du fragst nicht, ob man's darf?

Mußt nun, Jonny, dich besinnen,
Krieg für Rockefellers Sohn?
Nein, Jonny, hilf dem Volk gewinnen!
Und sein Dank sei dein Lohn.





Geschichte eines amerikanischen Soldaten in Korea in 3 Bildern

#190

Konrad und das **JA** der Volksbefragung

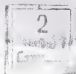


Eine deutsche Antwort auf ein amerikanisches Nein

Von der Bevölkerung Westdeutschlands tausend- und abertausendmal gebeten, gemahnt, gedrängt, hat Adenauer endlich vor der Westpresse eine Erklärung zu dem Brief Grotewohls vom 1. Dezember 1950 abgegeben. Diese „Antwort" bewegt sich zwar nicht ganz auf der Höhe diplomatischer Form, aber sie ist doch nach sieben Wochen peinlichen verlegenen Schweigens immerhin eine Meinungsäußerung. Ob sie uns gefällt oder nicht, sie ist eine Meinungsäußerung zu unserem wichtigsten nationalen Problem, und wir müssen deshalb unsere Freunde bitten, sie mit uns genau durchzusehen.

> *Adenauer sagt: „Der Schwall von Worten kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bundesregierung am 22. März 1950 und am 1. Oktober 1950 ihre Pläne für die Wiederherstellung der deutschen Einheit der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Unsere klaren und genauen Vorschläge sind bis zum heutigen Tage ohne Antwort geblieben . . . Warum schweigt Herr Grotewohl zu unseren Vorschlägen vom September und vom März des vergangenen Jahres?"*

Es ist uns und der gesamten Öffentlichkeit nicht bekannt, daß Adenauer zu den erwähnten Zeitpunkten der Regierung der DDR irgendweiche Vorschläge gemacht hätte. Es ist lediglich bekannt geworden, daß Adenauer Vorschläge auf dem Petersberg abgegeben hat. Wenn Adenauer jetzt mit Pathos fragt: „Warum schweigt Herr Grotewohl?", so hat er offenbar vergessen, daß er sich gar nicht an ihn gewandt hat. Grotewohl hat trotzdem nicht geschwiegen, er hat an Adenauer einen Brief geschrieben und mündliche Verhandlungen vorgeschlagen. Dort wäre der Ort, alle bisherigen Vorschläge Adenauers zu besprechen. Adenauers Hinweis spricht also **für** Verhandlungen, nicht gegen sie.



Brief an die Ingenieure und Techniker in Westberlin

Sehr geehrter Herr Kollege!

Schon seit längerer Zeit zeichnet sich in Westberlin eine Entwicklung ab, die für uns Ingenieure und Techniker, für unsere technische und wissenschaftliche Forschung Gefahren ankündigte, die zu ernster Sorge Anlaß geben. Im Jahre 1949 glaubten viele von uns im Marshallplan die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs zu sehen, um damit die Verschuldung des deutschen Volkes abwenden zu können. Im Laufe der Entwicklung — besonders in der letzten Zeit — wurde jedoch die Fragwürdigkeit der amerikanischen Wirtschaftshilfe jedem immer offenkundiger. Noch ehe offen von einer Remilitarisierung gesprochen wurde, erkannten besonders wir als Fachleute, daß alle für die Rüstung in Frage kommenden Betriebe mehr und mehr in die amerikanischen Kriegsvorbereitungen einbezogen wurden. Z. B. bauten der Betrieb Schwartzkopff Teile für Panzerketten und die Siemens-Werke wichtige Geräte für Panzer, U-Boote und Flugzeuge.

Dem Marshallplan ist jetzt der Schumanplan gefolgt. Hinzu kommen die offiziellen Erklärungen Reuters und Adenauers zur Aufstellung einer deutschen Söldnerarmee. Gleichzeitig mit der fortschreitenden Remilitarisierung senkt sich der Lebensstandard der Bevölkerung ständig. Wir beobachten gegenwärtig alle Erscheinungen, die uns aus der Zeit der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges noch in Erinnerung sind und die wir nach 1945 glaubten endgültig ausgeschaltet zu haben.

Aus dieser Entwicklung ergeben sich für uns Techniker Folgerungen, die das Schweigen verbieten. Es darf nicht noch einmal so kommen, daß man uns nachsagen kann, daß wir der Entwicklung blind gegenübergestanden haben.

Sie werden gewiß unsere Meinung teilen, daß die Remilitarisierung von heute den Krieg von morgen bedeutet. Wir aber wollen unser Wissen und Können nicht in den Dienst des Krieges stellen. Wir lehnen es als entwürdigend ab, für amerikanische Kriegsvorbereitungen ausgenutzt zu werden. Wir wollen nicht einem neuen Krieg dienen, sondern schöpferisch für die Entwicklung der ganzen Menschheit tätig sein. Wir legen Wert darauf, daß unser technischer Nachwuchs, den man gegenwärtig völlig vernachlässigt, sorgfältig entwickelt und zum echten Verantwortungs-

From: Publications Procurement
Office, Berlin

4R
#193

Alles ist dabei!

Am 28. August 1955, um 14 Uhr am Großen Fenster, Nähe Nicolassee

beim Treffen der Berliner Jugend!

Mit uns singen, tanzen und spielen

Die Drei Travellers!

Unter anderem auch

die Volkstanzgruppe Rudow,
Satyrisches Kabarett „Die Knallfrösche", Neukölln
Mundharmonika-Trio Grunewald und andere

#194

Es muß uns doch gelingen!

Aus der Rede von PFARRER CREUTZBURG (Meiningen)

auf der 8. Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Sehr verehrte Anwesende! Die Volksbefragung ist eine ausgesprochen demokratische Maßnahme. Wer gibt das Recht, daß alles nur in den Parlamenten erörtert wird? Gibt es denn nicht ganz große Fragen von tiefer, einschneidender Bedeutung, vielleicht für Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte, zu denen das Volk selbst Stellung nehmen will, wo jeder einzelne einmal sein Wort in die Waagschale werfen möchte?! Diese Tatsache ist gegenwärtig in höchster Dringlichkeit gegeben. Denn was kann es Verantwortungsvolleres geben als die Alternative: Krieg oder Frieden?! Wer kann da vorübergehen? Und wenn wir mit Menschen auf der Straße sprechen, mit Bekannten, die wir kennen, so läuft es immer wieder auf diese Frage hinaus: **Frieden oder Krieg?**

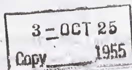
Volksbefragung über diese Frage, ist das nicht ein Volksentscheid von ganz besonderer Größe und Bedeutung? Ist das nicht im tiefsten Sinne des Wortes eine Volkssache, zu der deshalb auch das Volk nicht nur sprechen kann, sondern sprechen muß?

Die Völker der Welt haben in ihrer **internationalen Friedensbewegung** längst und immer neu die klare Erkenntnis betont, daß ein dritter Krieg mit seiner Vernichtung die beiden vergangenen Kriege weit in den Schatten stellen würde, daß dabei Menschen nach Millionen und aber Millionen untergehen müßten, daß ein Unheil angerichtet werden würde, wie wir es uns eigentlich kaum ausdenken können. Müssen wir Glieder des deutschen Volkes deshalb nicht alles zu seiner Verhinderung aufbieten? **Niemals dürfen wir gleichgültig werden**, wir, die wir am erschütterndsten diese erschreckenden Folgen eines dritten Weltkrieges erfahren würden.

Verehrte Freunde! Wer sieht unter den obwaltenden Umständen auch nur den Schein eines Grundes, daß der Westen irgendwie angegriffen wird, daß irgendeine Kriegsgefahr besteht, so daß er jetzt schnellstens rüsten müßte? Man mag dort im Westen über uns im Osten denken wie man will, man wird uns doch das klare Zeugnis ausstellen müssen, daß wir nichts anderes tun, als immer und immer wieder nur **für den Frieden zu arbeiten**, und daß die Sowjetunion, daß die Völker im Osten, mit denen wir in Verbindung stehen, nichts anderes unternehmen. Wo rüstet man denn gegen den Westen? Wird bei uns nicht immer wieder für den Frieden gearbeitet? Ist es denn Kommunismus, wenn ich mich für den Frieden einsetze, wenn ich will, daß die **Völker einig zusammenstehen möchten**, damit endlich einmal das Kriegsbeil begraben wird und begraben bleibt?! Ist dies nicht im vollständigsten und unbestrittensten Sinne des Volkes die reine nationale, nur den Interessen des ganzen Vaterlandes, ja der Welt dienende und jedem Gewissen unterstellte und von keinem abgelehnte **heilige Sache — die des Friedens?** Und auch unsere Kirchen und unsere Christenheit haben mitzuwirken.

Die klare Erkenntnis dessen kann nicht besser gefördert und erwiesen werden als durch eine

VOLKSBEFRAGUNG



#195 X-DD 261 .4

Bitte lesen und weitergeben

.29

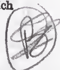
„Bomben und Atome fragen nicht nach Ost und West"

Von Fritz Dziggel, Architekt und Bauunternehmer in Berlin-Schöneberg

Hier in Westberlin wird von den verantwortlichen Politikern behauptet, jeder Bürger sei berechtigt, seine Meinung frei zu äußern. Ich habe die gegenteilige Erfahrung gemacht. Bis heute hat der „Telegraf" noch keine Zeile von dem Interview gebracht, das ich mit dem Reporter Lindner hatte und in dem ich ihm meine Meinung über die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 eindeutig gesagt habe. Herr Lindner erklärte im Laufe des Gesprächs, daß er anderer Ansicht sei als ich, er brachte sogar zum Ausdruck, daß er eine Remilitarisierung Deutschlands wünsche.

Ich muß nun annehmen, daß der „Telegraf" diejenigen Menschen, die gegen die Remilitarisierung auftreten, nicht zu Worte kommen lassen will. Deshalb sehe ich mich veranlaßt, an anderer Stelle das auszusprechen, was ich meinen Mitmenschen, besonders den Westberlinern, sagen möchte.

Ich bin kein Kommunist, kein Anhänger der SED, sondern habe als selbständiger Geschäftsmann, der keiner politischen Organisation angehört, in sehr vielen Fragen eine ganz andere Meinung, als sie das „Neue Deutschland" vertritt. Und doch hat mir die Redaktion dieser Zeitung Raum gegeben, mich frei zu der Frage des Friedens, die uns Deutsche ohne Unterschied angeht, zu äußern. Diese Möglichkeit begrüße ich dankbar, und ich möchte hier dem „Telegraf" und allen, die die Volksbefragung zu einer „kommunistischen Angelegenheit" stempeln wollen, eindeutig erklären: **Es gibt keinen kommunistischen oder liberalen Frieden, es gibt keinen russischen oder amerikanischen Frieden, es gibt nur e i n e n Frieden für ganz Deutschland, und diesen haben wir Deutsche jetzt, sechs Jahre nach Beendigung des Krieges, kompromißlos zu fordern.** Das ist nicht nur meine persönliche Meinung, das ist die Meinung all derer, mit denen ich täglich hier in Westberlin spreche. Ob es meine Geschäftsfreunde, oder ob es Arbeiter und Angestellte, ob es Bekannte oder Unbekannte waren, mit denen ich diskutierte — außer Herrn Lindner vom „Telegraf" gab es keinen, der mit der Remilitarisierung Deutschlands einverstanden war und der nicht endlich **einen gerechten Friedensvertrag forderte.**



Incl "a"

AUFRUF

Nicht noch einmal Krieg!

An alle Schaffenden der Augsburger Betriebe!

Sechs Jahre nach dem zweiten Weltkrieg bedroht uns die Gefahr eines neuen Krieges. Unser deutsches Vaterland soll zum Schlachtfeld werden.

Ein neuer Krieg bedeutet den Untergang des deutschen Volkes!

Zwei Millionen Arbeitslose gibt sogar die amtliche Statistik zu. Dabei gäbe es Arbeit in Hülle und Fülle zum Wiederaufbau der zerstörten Städte und Betriebe!

Die Arbeitslosen sollen in ausländische Fremdenlegionen gepreßt werden!

Die Preise für Lebensmittel und Industriewaren steigen ständig. Immer weniger können sich die schaffenden Menschen für ihren Lohn kaufen. Die deutsche Industrie soll für den Krieg produzieren.

Die schaffenden Menschen sollen den Krieg bezahlen!

Die Besatzungskosten steigen. Acht bis zehn Milliarden DM jährlich sollen wir zahlen — sechs Jahre nach dem Krieg! „Deutsche Politiker" forderten ja die Verstärkung der „Schutzmacht!"

Darum steigen die Steuern ins Unermeßliche!

In diesem Winter sind viele Stuben kalt. Betriebe der Friedensproduktion müssen wegen Kohlenmangel entlassen oder arbeiten kurz.

30 Millionen Tonnen Ruhrkohle werden jährlich im Ausland für die Rüstung verheizt!

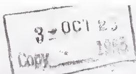
Die Herren der Rüstung wissen: die schaffenden Menschen wollen keine Wiederaufrüstung und keinen Krieg! Die Kriegsgewinnler wollen kein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, weil sie ungestört an der Rüstungsproduktion verdienen wollen. „Demokratische", „deutsche" Politiker bezeichnen den Kampf der Werktätigen um höheren Lohn — gegen Panzerschichten und Kriegsproduktion als Landesverrat.

Den Arbeitern sollen ihre Rechte genommen werden!

Das ist unsere wirkliche Lage!

Wem dient das alles? - Den Arbeitern? - Den schaffenden Menschen? - Dem deutschen Volke?

Incl #28



Bitte lesen und weitergeben! #197

Ein Wort aus christlicher Verantwortung

an meine Freunde in Westdeutschland

In diesen Tagen kommen mir auf eigenartige Weise ein Gedicht von Matthias Claudius und ein Brief von Adolf von Harnack auf den Schreibtisch. Merkwürdig, weil sie mich gerade in einem Augenblick erreichen, da die Frage: Krieg oder Frieden meine Stellungnahme fordert.

Der Dichter und der Denker haben mir auf ihre Weise geholfen, die Antwort zu formulieren. Sie mögen zuerst gehört werden. Matthias Claudius schreibt ein Kriegslied:

's ist Krieg! 's ist Krieg! O Gottes Engel wehre
und rede du darein!
's ist leider Krieg — und ich begehre,
nicht schuld daran zu sein!

Was sollt ich machen, wenn im Schlaf mit Grämen
und blutig, bleich und blaß,
die Geister der Erschlagnen zu mir kämen,
und vor mir weinten, was?

Wenn wackre Männer, die sich Ehre suchten,
verstümmelt und halb tot
im Staub sich vor mir wälzten und mir fluchten
in ihrer Todesnot?

Wenn tausend, tausend Väter, Mütter, Bräute
so glücklich vor dem Krieg,
nun elend, alle arme Leute,
wehklagten über mich?

Wenn Hunger, böse Seuch' und ihre Nöten
Freund, Freund und Feind ins Grab
versammelten, und mir zu Ehren krähten
von einer Leich' herab?

Was hülf mir Kron und Land und Gold und Ehre:
Die könnten mich nicht freun!
's ist leider Krieg — und ich begehre.
nicht Schuld daran zu sein!

Die bange und verzweifelte Frage des Wandsbeker Boten ist auch meine Frage, da ein neuer Krieg mit allem Entsetzen uns bedroht. „Ich begehre nicht schuld daran zu sein." Aber genügt es, wenn wir den Engel Gottes

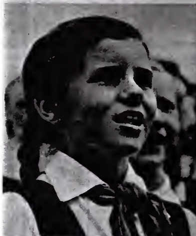
Incl X

#198



blühen die Rosen

während der IV. Weltfestspiele in Bukarest vor der Jugend aus 103 Nationen spielen, singen und tanzen



Eine sehr fleißige Schülerin ist Gudrun Löbnitz. Ihr Vater wurde mehrfacher Aktivist des Fünfjahrplanes. Im Ensemble wirkt Gudrun als Sängerin und Akkordeonspielerin mit



Die Baßbalalaika spielt Brunhilde Nietsch, die sich in der Schule durch gute Leistungen hervortut. Ihr Vater ist gefallen, die Mutter arbeitet in einer Fabrik der Ortschaft



Der Dichter der Tanzgruppe: der Pionier-Gruppenratsvorsitzende Bernd Götze. „Hauptamtlich" singt er die erste Stimme und spielt Akkordeon. Seine Mutter ist Heimarbeiterin



... und in Bukarest klappt's noch mal so gut – mit der „Schwabenliesel", einem lustigen alten Volkstanz. Die Erfolge, die Altmügelns Pioniere errangen, spornten sie an, ihre Darbietungen noch zu verbessern. Auf dem Arbeitsplan stehen jetzt: Zusammenspiel von Orchester, Chor und Tanzgruppe, Stimmbildung und Sprecherziehung. Die Stärke des Ensembles ist das Fehlen von jeglichen „Spezialisten": jedes dieser Arbeiter- und Bauernkinder tanzt, singt und spielt ein oder mehrere Instrumente. Neben den Proben aber vergessen sie nicht, ihre Freizeit mit Sport, Spiel und Wandern zu gestalten, denn das Ensemble ist ihnen nicht Selbstzweck, sondern eine Ausdrucksmöglichkeit für die Begeisterung und den Optimismus, den ihnen unsere Republik für ihren Lebensweg mitgegeben hat

Brot für alle hat die Erde



DAS GROSSE BEISPIEL DER SOWJETUNION

#201

Lesen weitergeben! **Lesen weitergeben!**

Über die Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik

X-DD 261
4
.29

SOWJETISCH-DEUTSCHES KOMMUNIQUE

Über die Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik

Vom 20. bis 22. August fanden in Moskau Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik statt.

Sowjetischerseits haben an den Verhandlungen teilgenommen: der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, G. M. Malenkow, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, der Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. Chrustschow, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Verteidigungsminister der UdSSR, N. A. Bulganin, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, L. M. Kaganowitsch, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Innen- und Außenhandel der UdSSR, A. J. Mikojan, der Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, M. S. Saburow, der Minister der Finanzen der UdSSR, A. G. Swerew, der Hohe Kommissar der UdSSR in Deutschland, Botschafter W. S. Semjonow.

Seitens der Deutschen Demokratischen Republik haben an den Verhandlungen teilgenommen: Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Otto Nuschke, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Aufbau, Dr. Lothar Bolz, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister der Finanzen, Dr. Hans Loch, der Minister für Land- und Forstwirtschaft, Hans Reichelt, der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Kurt Gregor, der Minister für Hüttenwesen und Erzbergbau, Fritz Selbmann, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, [illegible]

Die Verhandlungen verliefen in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre des gegenseitigen Einvernehmens.

Es wurde volle Übereinstimmung darüber erzielt, daß die anormale Lage, daß Deutschland nach Ablauf von acht Jahren seit Beendigung des Krieges in Europa keinen Friedensvertrag hat, in einen westlichen und einen östlichen Teil gespalten ist und gegenüber den anderen Staaten eine nicht gleichberechtigte Stellung einnimmt, beseitigt werden muß. Zur Erreichung dieses Zieles soll in naher Zukunft eine Friedenskonferenz einberufen werden, wobei die Beteiligung der Vertreter Deutschlands in allen Stadien der Vorbereitung des Friedensvertrages sowie auf der Friedenskonferenz gewährleistet werden muß. Für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage soll durch unmittelbare Vereinbarung zwischen Ost- und Westdeutschland eine provisorische Gesamtdeutsche Regierung gebildet werden, deren Hauptaufgabe darin bestehen wird, freie gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten und durchzuführen, in deren Ergebnis das deutsche Volk selbst, ohne Einmischung ausländischer Staaten, die Frage des Gesellschafts- und Staatsaufbaues des einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands lösen wird.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik hat mit Genugtuung und Dankbarkeit die Erklärung der Sowjetregierung über die Erleichterung der mit den Folgen des Krieges zusammenhängenden finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands entgegengenommen.

Im Verlaufe der Verhandlungen erzielten die Seiten Übereinstimmung bezüglich der Durchführung einer [...] kung der Zahlungsverpflichtungen der DDR, die mit dem Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik verbunden sind, so daß die Summe jährlich 5 Prozent der Einnahmen des Staatshaushaltes der DDR nicht überschreitet; die Befreiung der DDR von der Zahlung der Schulden, die als Besatzungskosten in ausländischer Währung nach 1945 entstanden sind; die Befreiung Deutschlands von der Zahlung der Nachkriegsstaatsschulden an die Sowjetunion.

Über das in diesem Zusammenhang erzielte Übereinkommen wurde von den Seiten ein Protokoll unterzeichnet, dessen Wortlaut nachstehend veröffentlicht wird.

Im Verlauf der Verhandlungen wurde ferner über einige andere Fragen Übereinstimmung erzielt, die die Festigung und Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik betreffen.

Unter anderem wurde Übereinstimmung darüber erzielt, im Jahre 1953 zusätzlich zu dem geltenden Handelsabkommen aus der Sowjetunion Waren im Werte von etwa 590 Millionen Rubel nach der DDR zu liefern, darunter Lebensmittel, Steinkohle, Walzerzeugnisse, Kupfer, Blei, Aluminium, Baumwolle und andere Waren.

Die Sowjetunion gewährt der Deutschen Demokratischen Republik einen Kredit in Höhe von 485 Millionen Rubel einschließlich 135 Millionen Rubel in freier Währung. Der Kredit wird gewährt zum Jahreszinsfuß von 2 Prozent und ist im Laufe von zwei Jahren ab 1955 zu tilgen.

Auf Grund eines Ersuchens der Regierungsdelegation der DDR wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Der Frieden braucht kein Schießgewehr,
Die Freiheit kein Besatzungsheer!



Bildet Ausschüsse zur Volksbefragung!

In jedem Betrieb, in jeder Straße und in jedem Haus!



„Nich eenen Strump ham'wa jekricht. Det enzje, wat wa uns für Jhr duftet Schiebauntanehm injehandelt ham, sind'n paa Bollen!"

Remilitarisierung-

ohne uns

ABER MIT UNS

FÜR DIE DEUTSCHE VERSTÄNDIGUNG!

Erklärung

der Prager Außenminister-Konferenz

Geleitet von den Interessen der Erhaltnng des Friedens und der Sicherheit in Europa nnd unter Berücksichtignng des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelnng für Deutschland, erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bnlgariens, Polens, Rnmäniens, Ungarns nnd der Deutschen Demokratischen Repnblik für d r i n g e n d geboten:

1. Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens; Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.


RIAS
US
US
RUNDFUNK
IM
AMI
SOLD



**Ein alter Gauner mit neuem Schatten
klaut unsre Kohlen für Tanks und Granaten.
Doch nur im Frieden wird Deutschland frei.
Darum: go home, Mr. Kohlen-Cloy!**

X-DD261 #1208
.4
.29



Hand in Hand,

Eisenbahner, Verkehrs-, Transport- und Hafenarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer ganz Deutschlands zu gemeinsamen Aktionen gegen Remilitarisierung, Schumanplan und westeuropäische Verkehrsunion!

Wählt

Delegierte zur gesamtdeutschen Konferenz der Eisenbahner und Transportarbeiter!



Eisenbahner, Verkehrs-, Transport- und Hafenarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer!

Vereinigt Euch,

um die Politik der Vorbereitung des Krieges und des sozialen Rückschrittes zum Scheitern zu bringen.

Unterstützt

die gesamtdeutsche Konferenz der Eisenbahner und Transportarbeiter!



Adenauer,
Totengräber
der Einheit
Deutschlands

BONNER BILDERBOGEN


Grenzschutz


Bundespolizei




Industriepolizei














Pistole 08


Gummiknüppel






MG



Die Einheit

der Eisenbahner, Verkehrs-, Transport- und Hafenarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer ist die Gewähr des Erfolges im Kampf um den Frieden, gegen die Remilitarisierung Deutschlands.

Wählt

Delegierte zur gesamtdeutschen Konferenz der Eisenbahner und Transportarbeiter!



Eisenbahner, Verkehrs-, Transport- und Hafenarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer!

Verweigert

die Entladung und verhindert den Transport von Kriegsmaterial, verschärft die Wachsamkeit, verstärkt die Einheit der Arbeiterklasse,

organisiert

immer mächtigere Aktionen zur Verteidigung Eurer Existenz und des Friedens!



„Du verstehst nicht: Auf uns, die unpolitischen [illegible], werden die Atombomben nicht geworfen."

X-PD261,429

#215

Delirium trumans



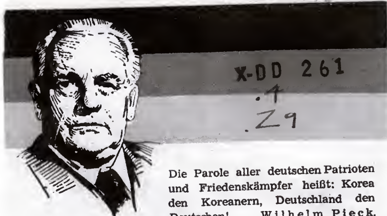
Die Wallstreet ist bedroht!



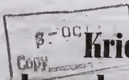
Auch England ist in Not!



wo bleibt Westdeutschlands Aufgebot?



Die Parole aller deutschen Patrioten und Friedenskämpfer heißt: Korea den Koreanern, Deutschland den Deutschen! Wilhelm Pieck.



Kriegsgefahr kann beseitigt werden



Rede des Außenministers der UdSSR, Wyschinski, vor der Vollversammlung der UN in Paris

2

HIROSHIMA MAHNT

Fri

#219 X-DD 261 .4. .29



EGON H. ALTER

Eisenhower – der europäische McArthur



General Eisenhower hat sein joviales Lächeln abgelegt, seit dem Augenblick, da er europäischen Boden betrat. In allen Ländern, die er besuchte, kam es zu Protestkundgebungen, in allen Sprachen riefen ihm die Werktätigen zu: „Eisenhower, geh heim!“ Von diesen „Erfolgen“ wird Eisenhower Truman weniger berichtet haben, aber sicher mehr davon, wie er den Ministern in den marshallisierten Ländern die Grundbegriffe der amerikanischen „Demokratie“ beibrachte. In Paris wurden auf seine Veranlassung die drei großen internationalen Organisationen, der Weltgewerkschaftsbund, die Internationale Demokratische Frauen-Föderation und der Weltbund der Demokratischen Jugend, verboten. In Italien kam es zu blutigen Demonstrationen, bei denen es Tote und viele Verletzte gab. In England wurde Attlee tüchtig abgekanzelt, weil er die englischen Arbeiter nicht energisch genug zur Erfüllung des Aufrüstungsprogramms gepreßt hatte. Schlimmer erging es den Holländern, wo Eisenhower mit einem Faustschlag auf den Tisch eine Regierungskrise provozierte, weil die Aufrüstung nicht schnell genug vonstatten ging. „Die ewige Grundlage, auf die wir bauen, ist die Würde und der Wert des Individuums“, erklärte Eisenhower im Haag. Während Eisenhower, der europäische McArthur, wie Truman ihn treffend nannte, von der „Verteidigung der Kultur und von Freiheit und Recht“ schwätzt, gibt MacArthur in Korea der amerikanischen Luftwaffe den Befehl, „auf alles zu schießen, das sich hinter der Front bewegt“. Die unmenschlichen Greueltaten in Korea schildert der Bericht des Außenministers der Koreanischen Volksrepublik, Pak Hen Jen: „Allein in Söul wurden 43 590 Menschen zu Tode gequält. Täglich werden durch die Banden McArthurs und Li Syng Mans über 400 Morde begangen“, heißt es in dem Bericht an den Vorsitzenden der UN-Vollversammlung. Eine andere Illustration zu dieser schamlosen Lüge McArthurs bietet der Korrespondent der United Press, Charles Dorddry, in seinem Bericht „Die ersten ‚Erfolgs‘-meldungen von der Anwendung der Napalm-Bombe“, in dem es wörtlich





Adenower zu Eisenhower: „Solange ich Bundeskanzler bin, können Sie, Herr General, beruhigt sein.“

12.

#1220

Sonderdruck aus
„USA in Wort u. Bild"
Heft 13/14

Die berufstätige Frau im Fünfjahrplan in der DDR



Dr. Ursula Ekinger ist als tüchtige Chirurgin weithin bekannt



Die Stanzerin Ida Speichert ist Aktivistin in der Hennecke-Schicht



Junge Aktivistin einer Textilfabrik, die durch ihre Leistung zum Vorbild für viele wurde





Jutta Blessing von einer Paten-MAS ist als vorbildliche Traktoristin geschätzt

Bild oben Mitte: Chemie-Studenten im Laboratorium der Chemieingenieurschule



Bild links: Anneliese Rönitz bereitet sich auf ihren Beruf als Architektin vor

„Es muß jedem einleuchten, daß unsere Frauen und Mädchen nur dann überzeugend für die Gleichberechtigung der Völker, für den Frieden und für die Völkerverständigung kämpfen können, wenn sie selbst in voller Gleichberechtigung in ihrem eigenen Volk neben dem Mann auftreten können und ihre ureigensten Rechte gesichert werden."
Ministerpräsident Otto Grotewohl (Rede vom 27. September 1950 über das Gesetz zum Mütter- und Kinderschutz und über die Rechte der Frau.)

2


Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse
erzwingt den Friedensvertrag !

Alle offenen Fragen können bei gesamtdeutschen Beratungen geklärt werden!

Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl bei der feierlichen Inbetriebnahme des ersten Hochofens des Eisenhütten-Kombinats Ost in Fürstenberg a. d. Oder

Ihr wißt alle, welche großen und bedeutenden Fragen in den letzten Tagen in ganz Deutschland diskutiert werden. Ihr wißt, daß sich in Washington die drei Außenminister der westlichen Besatzungsmächte in Deutschland versammelt haben, um eine Regelung über die Gestaltung des Deutschlandproblems zu treffen, und Ihr wißt und habt es aus meiner Rede in der Volkskammer entnommen, was wir Deutschen von diesem Vorgang in Washington zu halten haben. Es handelt sich nicht darum, daß man die Interessen Deutschlands in Washington behandelte, sondern daß man die kapitalistischen Interessen der großen Magnaten und der Monopolbesitzer, der Imperialisten von Amerik.. auf deutschem Boden durchsetzen will.

Zu diesem Vorgang können wir in Deutschland nicht schweigen. Ihr alle wißt, daß sich in Deutschland ein Zustand herausgebildet hat, der durch die staatliche Zerreißung und die Bildung der Zonengrenzen die Deutschen immer weiter auseinandergebracht hat, so weit auseinandergebracht hat, daß wir zwar in derselben Sprache sprechen, doch daß es sich manchmal so anhört, als könnten wir einander nicht verstehen.

Nicht die Volksverräter — die Volksvertreter sollen sprechen

Wie ist es möglich, daß sich in der Presse Westdeutschlands ein solches Echo auf meine Rede in der Volkskammer entwickeln konnte, wie wir das gegenwärtig sehen? Wie ist es möglich, daß der klare und eindeutige Appell unserer Volkskammer von gewissen Leuten im Westen Deutschlands nicht verstanden werden können? Ich rede nicht von Herrn Adenauer, der gestern über den Rundfunk Arm in Arm mit seinem Oppositionsfreund Schumacher geredet hat. Wir haben uns in unserem Appell nicht an die Volksverräter von Bonn, sondern an die Volksvertreter von Bonn gewandt. Wir wissen genau, daß wir von Herrn Adenauer die Rettung Deutschlands nicht erwarten können. Wir erwarten das auch nicht mehr, weil er seine ganze Politik eindeutig auf Amerika ausgerichtet hat und weil ihm das Interesse des deutschen Volkes und sein friedlicher Weg dabei vollkommen gleichgültig geworden sind. In seiner Rede, die er schon vorgestern abend halten sollte — im letzten Augenblick wurde sie plötzlich vom Rundfunk zurückgezogen —, stand vorgestern noch ein solcher Satz geschrieben: „Wenn Sowjetrußland Herr der Bundesrepublik wird, dann werden die Vereinigten Staaten mit Waffengewalt eingreifen." Es ist sehr interessant, daß in der Rede, die Adenauer gestern abend über den Rundfunk gehalten hat, dieser Satz herausgestrichen wurde. Entweder versuchte er selbst, sich vor dem deutschen Volk im Westen zu tarnen, oder die Amerikaner haben ihm gesagt: Lieber Freund, so grob darfst du es deinem deutschen Volk nicht sagen, daß wir Krieg führen wollen. Warum, Herr Adenauer, haben Sie diesen Satz aus Ihrer Rede gestrichen? Und ich will Ihnen nun gleich die Antwort geben. Er hat ihn gestrichen, weil er die wahren Kriegsabsichten tarnen und hinter einem Netz von falschen Ausflüchten verstecken will.

Deutsche müssen ihre Interessen selbst wahrnehmen

Gestatten Sie mir nun, daß ich mit einigen Worten auf den Vorschlag eingehe, den unsere Volkskammer gemacht hat, daß ich sogar auf meine eigenen Worte zurückgreife, in denen ich gesagt habe, worauf es in Deutschland ankommt. Herr Adenauer hat in seiner Rede zum Ausdruck gebracht — als habe er etwas ganz besonders Neues entdeckt und erfunden — Grotewohl habe die Absicht, dafür zu sorgen, daß die Bildung des Nordatlantikpaktes aufgehalten und verhindert wird. Darüber kann man wirklich nur lachen. Natürlich ist das unsere Absicht. Darum haben wir uns ja in der Volkskammer zusammengefunden. Natürlich ist es unsere Absicht, daß wir verhindern wollen, daß die deutsche Jugend an fremde Armeen verhökert und verschachert wird. Natürlich ist es unsere Absicht, daß wir die Interessen Deutschlands und der deutschen Menschen an einem Verhandlungstisch regeln wollen und daß wir sie nicht mit amerikanischen Generälen regeln wollen. Man kann nur sagen, daß man vor diesem Scharfsinn des Herrn Adenauer erstaunt steht und kaum noch ein Wort der Erwiderung finden kann.

Parität ist nicht entscheidend

Was haben wir in der Volkskammer gewollt? Unser Vorschlag auf Beratungen zur Einberufung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates ist, wie Sie alle wissen, von der Bonner Regierung und vom Bundestag abgelehnt worden. Dabei wurde damals das Argument gebraucht, man könne sich nicht paritätisch zusammensetzen, weil im Westen Deutschlands zwei Drittel und in der Deutschen Demokratischen Republik ein Drittel der Deutschen wohnen. Wir haben damals gesagt, es kommt für uns nicht auf die Zahl an, sondern es kommt darauf an, daß man sich verständigt. Eine Verständigung ist nötig auf einer paritätischen Grundlage, damit der eine den andern nicht überstimmt. Da man aber im Westen Deutschlands diese Tatsache zum Anlaß nahm, zu sagen, man könne sich aus diesen Gründen nicht zu gemeinsamen Verhandlungen zusammenfinden, habe ich in der Volkskammer den Satz gesprochen: Die Zahl der Verhandlungsteilnehmer ist bei solchen Beratungen nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Wir sind auch bereit, mit weniger Verhandlungsteilnehmern an den Tisch zu gehen, denn wir wissen genau, daß hinter unseren Überlegungen und hinter unseren Gründen, die wir in einer solchen Beratung vorzutragen haben, die lebendigen und wahren Interessen unseres Volkes stehen, die von einer so großen Durchschlagskraft sind, daß wir nicht mit einer Stimmenzahl zu versuchen brauchen, die Dinge des deutschen Volkes zu regeln. Wir wollten mit diesem Vorschlag und mit diesem Ausspruch unseren Landsleuten im Westen sagen, wie ernst wir es meinen, wenn wir gemeinsam an einen Verhandlungstisch gehen wollten. Wir haben in unseren Beschlüssen der Volkskammer gesagt, daß wir, von diesen Bemühungen und Überlegungen ausgehend, bereit sind, nachdem der Konstituierende Rat abgelehnt wurde, auf einer anderen Basis mit unseren Landsleuten im Westen zu verhandeln. Und diese andere Basis soll eine gesamtdeutsche Beratung der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands sein, die einberufen werden soll zur

Regelung von zwei Fragen:

1. Über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschland und
2. über die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Ich denke, diese beiden Fragen sind so einfach und so überzeugend für jeden deutschen Menschen, daß es einer Auseinandersetzung, wie sie gegenwärtig von der Westpresse versucht wird, wirklich nicht bedarf.

Wo die Reise hingehen soll bei der Politik, die im Westen Deutschlands betrieben wird, das zeigt uns ein einziger Blick in die Zeitungen dieser Tage. Hier zeige ich Ihnen eine westliche Zeitung. Oben steht — das war das Echo auf die Volkskammertagung — ganz dick gedruckt: „Der einzige Weg zum Frieden — Aufrüstung großen Stiles." Nun frage ich Sie: Der einzige Weg zum Frieden ist die Aufrüstung? Ist das wirklich wahr? Entspricht das wirklich den Interessen des deutschen Volkes? Was bedeutet für uns Aufrüstung? Aufrüstung bedeutet Krieg, denn die Kanonen gehen, wenn sie stehen, einmal los. Und dann zahlen wir erneut die Rechnung.

Aufrüstung bedeutet immer Krieg

Was aber diese Aufrüstung sofort bedeutet, das zeigt uns ein Blick in den westlichen Blätterwald in diesen Tagen. Wenn Sie eine andere Zeitung von demselben Tag nehmen, die „Welt", die Tageszeitung der britischen Besatzungsmacht, da steht ganz dick: „Bahn und Post vom 1. Oktober teurer." Und jetzt nehme ich eine dritte Zeitung von demselben Tage. Da steht, daß gegenwärtig in Bonn eine neue Steuer vorbereitet wird, in der 30 Warengruppen mit neuen Steuern belegt werden sollen. Also: Aufrüstung bedeutet Verschlechterung der Lebenshaltung, bedeutet Verteuerung der Lebenshaltung und bedeutet am

Geld, das Ihnen fehlt!

III #223

Wenn Sie Geld hätten, würden Sie sich vielleicht Möbel kaufen oder ein Motorrad oder Anzüge, kleider und Wäsche. Sie würden sich vielleicht einmal richtig erholen, Ihren Kindern eine gute Ausbildung oder Ihren Eltern einen schönen Lebensabend ermöglichen. Das Geld, was Ihnen dazu fehlt, verpulvert die Adenauer - Regierung für die Remilitarisierung. Jedem von uns, ob Mann, Frau, Greis oder Kind, zieht sie durch ständige Preiserhöhungen, immer neue Steuern und durch die Geldentwertung jährlich 755,56 DM aus der Tasche. Eine dreiköpfige Familie zahlt demnach jährlich 2266,68 DM für Besatzungskosten und Aufrüstung.

Wehrt Euch dagegen. Fordert gesamtdeutsche Wahlen, die uns die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und einen Friedensvertrag bringen. Dann ist Schluß mit Besatzung und Remilitarisierung.

Verantwortlich, Kurt Gerstenmeier, Meppen

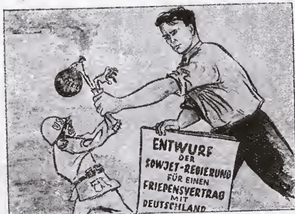
#224

Der Friedensvertrag mit Deutschland

beseitigt die Währungsspaltung

X-PD261
.4
.29

#1225



Jugendliche Westberlins!
Erzwingt den Abschluß eines Friedeusvertrages mit Deutschland!
Friedensvertrag — ein Schlag gegen die Washingtoner Pestflöhe!

Der Friedensvertrag mit Deutschland verhindert das Wiederaufleben des deutschen Militarismus!

Groß-Berliner Friedenskomitee

Der Friedensvertrag -
das heißt Verhinderung
des Generalkriegsvertrages
und des Wehrgesetzes
in Westberlin

Groß-Berliner Friedenskomitee

Hold a mirror in front of your face:
Is it you or not ?



IV

X-DD261
.4
.29

Adolf-Adenauer
„Halt Dir den Spiegel vors Gesicht
Bist Du's oder bist Du's nicht"

#227

X-DD261 .4 .29 II #228

Genaue Zahlen lassen sich nicht angeben ...

Der illegale Bonner Kriegsminister Blank erklärte in seiner Rundfunkansprache:

„Für die vorgesehenen Streitkräfte werden wir etwa 300 000 bis 400 000 Mann brauchen. Genaue Zahlen lassen sich da beim besten Willen noch nicht angeben."

Blank's Gerede ist blanker Schwindel.

Vor wenigen Wochen wurde von Dr. Adenauer und Blank bestritten, daß sie Maßnahmen für die Rekrutierung unserer Jugend getroffen hätten. Heute verkünden sie frech, daß, ohne das Volk zu fragen, die Wehrgesetze fertig sind. Und: „Genaue Zahlen lassen sich da beim besten Willen noch nicht angeben."

Blank kündigt hier schon an, was uns blüht, wenn wir ihm, Dr. Adenauer, der Bonner Kriegsklique und den Amerikanern folgen. Wir werden allesamt zugrunde gehen.

Es ist höchste Gefahr im Verzuge!

In Bonn soll, ohne das Volk zu fragen, ein Wehrgesetz beschlossen werden. Das dürfen wir nicht zulassen. Bestürmt die Abgeordneten! Zwingt sie, das zu tun, was wir wollen: Das Wehrgesetz ablehnen! Wir wollen keinen Wehrzwang, sondern freie Wahlen, die unser Volk wieder vereinigen. Die deutsche Wiedervereinigung bewahrt unser Volk vor dem Kriege und bringt die fremden Truppen aus dem Lande, die unsere nationale Ehre schänden. Wir dürfen nicht zulassen, daß auch nur ein einziger deutscher Junge eingezogen wird. Die Gestellungsbefehle müssen zerrissen werden.

Die nationale Not erfordert nationalen Widerstand!

Sonderdruck der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Kämpft für Frieden und Sicherheit!

Nationale Front Berlin — Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer — Berliner Friedensrat: Macht den diesjährigen Tag der Opfer des Faschismus zu einem Kampftag gegen Militarismus und Chauvinismus, für Frieden, europäische Sicherheit und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands!

Bürger der deutschen Hauptstadt! Werktätige aller Sektoren Berlins!

Am 11. September 1955 gedenken alle friedliebenden Menschen zum 10. Male der Zehntausende, der besten Söhne und Töchter des deutschen Volkes, die als Helden des antifaschistischen Widerstandes im Kampf gegen die faschistische Hitlerdiktatur mit ihrem Blut und Leben die Ehre der deutschen Nation gerettet haben. Am 10. Gedenktag der Opfer des Faschismus sind die Ideen des Friedens und der Demokratie, für die unsere teuren Toten gefallen sind, mächtiger und siegreicher als je zuvor. Ihre Ideen leben in der gewaltigen, weltumspannenden Friedensbewegung der Völker, die in Genf die Politik des kalten Krieges zum Scheitern gebracht und eine neue Etappe in den Beziehungen zwischen den Staaten eingeleitet hat.

So geht in diesen Tagen ein Aufatmen durch die Welt. Die Hoffnung auf weitere Entspannung und Verständigung beflügelt die friedliebenden Menschen in Stadt und Land in ihrem edlen Ringen um die Sache des Friedens, der kollektiven Sicherheit in Europa und der Schaffung der Voraussetzungen für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands.

Aber die aggressiven Kräfte des Militarismus geben keine Ruhe. Die alten Henker Europas und Mörder der deutschen Antifaschisten, die westdeutschen Militaristen und Monopolherren, versuchen, sowohl in Westdeutschland als auch von ihrem Brückenkopf Westberlin aus, die in Genf gescheiterte Politik der Stärke fortzusetzen.

Gerade zur Zeit der Moskauer Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Bonner Regierung, gerade am Ehrentag der Opfer des Faschismus beabsichtigen die westdeutschen Rüstungsindustriellen und Junker, in Westberlin unter dem Vorwand eines Treffens der sogenannten Landsmannschaften eine chauvinistische Provokation gegen die Entspannung und die Freundschaft der Völker.

Nachdem die Berliner Werktätigen zu wiederholten Malen das Auftreten der Manteuffel, Kesselring, Baudissin sowie der faschistischen Bärendivision durch ihre geschlossenen Aktionen verhindert haben, wollen die deutschen Imperialisten die Opfer ihrer eigenen verderblichen Politik, die Umsiedler in Westdeutschland und Westberlin, für ihre aggressiven Ziele mißbrauchen.

Wir warnen alle ehemaligen Umsiedler vor diesen Totengräbern des deutschen Volkes! Wir erklären den ehemaligen Umsiedlern: Eure Feinde sind nicht die vom Joch des Kapitals befreiten Arbeiter und Bauern in Volkspolen und in der Tschechoslowakischen Republik — eure Feinde sind gerade die faschistischen Drahtzieher des „Landsmannschafts"treffens! Die Interessen der friedliebenden Deutschen haben nichts mit den kriegslüsternen Plänen der Großgrundbesitzer vom Schlage eines Fürsten Bismarck, einer Gräfin Finckenstein, eines Barons Itzenplitz gemein, die persönlich im Vorstand der als „Landsmannschaft" getarnten militaristischen Organisation sitzen.

Das von den westdeutschen Militaristen geplante Treffen ist eine unerhörte Provokation gegen alle friedliebenden und demokratischen Menschen in ganz Deutschland und alle anständigen Bürger Berlins. Die Mörder von Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheid wollen deren Gedenktag durch nationalistische Völkerhetze und Revancheparolen schänden.

Das darf nicht geschehen! Wir rufen alle wahrhaft friedliebenden und demokratisch denkenden Einwohner unserer Stadt auf, mit der machtvollen Beteiligung am diesjährigen Tage der Opfer des Faschismus den einheitlichen Protest gegen die gefährliche, faschistische Provokation in Westberlin zu verbinden.

Belegschaften in den Betrieben, Verwaltungen und Institutionen von ganz Berlin! Verständigt euch in Beratungen über gemeinsame Maßnahmen zur würdigen Ehrung der Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes und zugleich zum Protest beim Suhr-Senat, gegen die beabsichtigte faschistische Leichenschändung.

Ehemalige Umsiedler! Laßt euch nicht ein zweites Mal von den gleichen Kriegsverbrechern ins Unglück ziehen! Bleibt dem Landsmannschaftstreffen in Westberlin fern! Erfüllen wir das Vermächtnis der gefallenen Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes, indem wir ganz Berlin zu einer Stadt des Friedens machen und endlich den Militaristen und Faschisten das Handwerk legen.

In seinem Geiste kämpfen und siegen ...

Fallt den Kriegshetzern in den Arm!

Senat gegen Entspannung / Heimatliebe soll für Provokationen mißbraucht werden

Noch vermeintlichem „Recht" zu schreien und vom eigenen Unrecht zu schweigen, ist die alte und gefährliche Methode jener Kreise, die heute die „Tage der Heimat" und die „Treffen der Landsmannschaft" propagieren und organisieren. Was sind hierbei die Beweggründe? Man will die Atmosphäre der Entspannung, die sich seit Genf immer mehr durchsetzt, vergiften und Mittelpunkte des Chauvinismus und der Aggression in Deutschland schaffen, die jede Möglichkeit der friedlichen Einigung verhindern.

An keinem Beispiel kann man den gefährlichen Charakter der Pariser Verträge besser erkennen als an dem Ausspruch des sogenannten Vertriebenen-Ministers Oberländer, der erklärte: „Die Remilitarisierung wird uns in dia Lage versetzen, unseren Lebensraum wiederzuholen."

Damit sind die Beweggründe zu solchen „Treffen" klargelegt; aber wesentlich ist, wer dazu auffordert, wer Mißbrauch mit den Gefühlen von Millionen Deutschen treibt, wer sie verhatzt, in neue Schuld verstrickt und zu neuen Verbrechen, zu neuem Unrecht treiben will.

Sehen wir uns die Rufer an, die heute das „unveräußerliche Recht auf die Heimat" fordern und vom historischen Unrecht, von eigener blutiger Schuld, von den eigenen ungeheuerlichen Verbrechen schweigen und ablenken wollen.

Hauptakteur ist der schon zitierte SA-Sturmführer Oberländer, zu Zeiten seines Führers Ostexperte in der Nazi-Gauleitung Ostpreußen, der heute im Bonner Kabinett als „Minister für Vertriebene" da wieder anknüpft, wo er 1945 aussetzen mußte. Seine rechte Hand, der ehemalige SA-Führer Dr. Wolfram, spielt eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung der September-Provokation. Ein weiteres Mitglied des Oberländer-Ministeriums ist der ehemalige Gauamtsleiter und Reichspropagandaredner von Posen, Ventzki. Diesem braunen Gremium unterstehen direkt die Leitungen aller sogenannten Landsmannschaften. Bundesminister ist auch Waldemar Kraft, seines Zeichens SS-Hauptsturmführer.

Das Bonner Sabotageministerium stellt in dem Junker Fabian von Schlabrendorff ein Musterexemplar jener Unverbesserlichen, die sich über die Leichen der Umsiedler und unserer polnischen Nachbarn wieder als gnädige Herren auf ihren alten Gütern festsetzen möchten. Der Herr von Schlabrendorff, dieser 'arme „Vertriebene", besaß allein in Schlesien im Kreis Frankenstein 10 157 ha Land. Er hat es verstanden, den größten Teil seiner Vermögenswerte nach Westdeutschland zu verschleppen und lebt dort in Saus und Braus, während seine früheren Tagelöhner in elenden Hütten irgendwo in Schleswig-Holstein dahinvegetieren.

Das sind die „Führer" der Landsmannschaften, die heute ihren Auftraggebern, den Krupp, Flick und Henkel-Donnersmark, die volkseigenen Betriebe und die polnischen Gruben und Zechen in die Hände spielen möchten, die den von Hohenzollern, von Keudell, von Bismarck, von Finckenstein und von Schlabrendorff wieder zu ihren riesigen Gütern verhelfen wollen. Das sind sie, die wieder „Plebs" und „Gesinde" um sich sehen möchten.

Diese Herrenmenschen-Clique ist mit millionenfacher Schuld belastet. Auschwitz, Lublin und Treblinka, Warschau, Lidice und Oradour stehen in ihrem Schuldkonto. Aber auch Buchenwald, Dachau, Sachsenhausen, Ravensbrück, Mauthausen und Bergen-Belsen!

Und an dem Tage, der dem Gedenken der Millionen Opfer dieser Stätten der Unmenschlichkeit gewidmet ist, am 11. September 1955, wollen diese schuldbeladenen Faschisten in Westberlin zu neuen Abenteuern auffordern, zu neuen Völkerverbrechen hetzen! Und der Senat, dieser „Vorkämpfer der Demokratie und Freiheit", stimmt nur allzu bereit in den Chor der Militaristen und Krautjunker ein.

Man will sogar am Reichskanzlerplatz ein steinernes Mal errichten, an dem voraussichtlich am 11. September jener Herr Heuss reden soll, der 1949 erklärte: „Wir brauchen keine Wehrmacht", und der 1955 die Kriegsverträge unterschrieb.

So setzt man alle Machtmittel ein, um den hoffnungsvollen Geist von Genf zu töten, um mit diesem Stein den Weg zur friedlichen Einigung zu versperren.

Berliner, erinnert euch der Opfer und Leiden der Hitler- und Kriegszeit! Laßt nicht zu, daß in unserer leidgeprüften Stadt die Heimatliebe zu schmutzigen Provokationen mißbraucht wird! Fordert das Verbot dieser Tagungen, laßt diese Chauvinisten und Unrechtprediger nicht zu Worte kommen!

Wer seine — unsere — Heimat wirklich liebt, der kämpft mit allen Patrioten um das einheitliche, friedliebende und demokratische Deutschland, in dem die Macht der Monopolisten und Junker, Militaristen und Faschisten endgültig gebrochen ist.

Denn nur dann werden alle Schätze unseres Landes dem Volke gehören und sein Fleiß ihm selbst zugute kommen. Und dieses neue Deutschland wird dann die wahre Heimat aller deutschen Menschen und den Nachbarvölkern ein treuer Freund in Frieden und Freundschaft sein.

In vielen westdeutschen „Flüchtlingslagern" lassen dia Militaristen und Faschisten, wie hier im Bottroper Elendslager, Tausende von Umsiedlern auf ihren Koffern sitzen, um sie zu neuer Kriegshetza zu mißbrauchen. Daß es einen anderen Weg gibt, zeigt die DDR, in dar Tausende ehemaliger Umsiedler einen Beruf und eine neue Heimat fanden, so auch in dar Siedlung Freileben in Sachsen-Anhalt.

Vorwärts zum Deutschlandtreffen!